

Vie lässt sich in der ands en Metropole Gegenmach ufbauen? Wie wichtig ist die eale Verbesserung von Le ensumständen für eine radi ale Praxis? Wenn dies essen ell ist, wie ist es machbar? Is s machbar ohne den Staat' der können wir Strukturen fü nsere Zwecke vereinahmen m wiederum Raum zu schaf Erschienen im Eigenverlag,
April 2022 en für radikale, ant (ÖN Eigentumsvorbehalt: Diese che Perspektiven? Broschüre bleibt Eigentum der Herausgeber_innen, bis es der Gefangenen ausgehändigt wird. Zur-Habe-Naherei me ist keine Aushändigung en wir nachhaltig im Sinne dieses Vorbehalts. Dalitik die nich

CHRONIK		4	NEUE ANSÄTZE		20
FRÜHLING DER BESE	TZUNGEN	6	Wrangelstr. 77	20	
Bornsdorfer Str. 37b	6		Rummelsburger Bucht	23	
Reichenbergerstr. 114	8		TU MAL WAT		22
How-To Besetzen	10		Landsberger Allee 54	26	
HERBST DER BESETZ	UNGEN	12	Frankfurter Allee 187	27	
Google-Campus	12		BESETZEN IN COVID-	ZEITEN	32
Großbeerenstr. 17a	13		WARUM WEITER MACHEN?		33
Weidenweg 63	14				
Berlichingenstr. 12	16				
Skalitzer Str. 106	17				
Schon Post bekommen?	18				



Diese Broschüre ist zusammengestellt von Einzelpersonen, die sich eine Zeit lang intensiv an #besetzen beteiligt haben. Der überwiegende Teil an Texten stammt von den jeweiligen Besetzer*innen selbst. Lediglich ein kleiner Teil an Texten ist von uns selbst formuliert.

Da #besetzen als Koordination funktionierte und keine einheitliche Linie vertrat, spricht dieser Text lediglich für einen Teil jener, die sich an #besetzen - beziehungsweise den Besetzungen der letzten Jahre - beteiligt haben. Beteiligt haben wir uns an den Besetzungen der Borni37b, Weide63, Berlichingen12, GoogleCampus, DieselA, Wrangel77, der Besetzung der FrankfurterAllee während TuMal-Wat und den stillen Besetzungen im Frühjahr 2020.

Wir schreiben diese Broschüre, um die Beweggründe, Auswirkungen und Gestaltung unserer Aktionen zu dokumentieren. Damit sollen die gesammelten Erfahrungen zur Verfügung gestellt werden, damit wir als Bewegung lernen und uns weiter entwickeln können. Es gibt an einigen Stellen Bezüge zu anderen stadtpolitischen Ereignissen oder weiteren Städten, wobei es keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, sondern viel mehr wiederspiegelt welche Ereignisse uns in den beschriebenen Jahren bewegt und beeinflusst haben.

Berlin 2018 - 2020

Bildrechte: Falls nicht anders vermerkt sind alle Bilder in der Broschüre aus der Sammlung des Umbruch Bildarchivs. Das Archiv besteht seit 1988 und beinhaltet Fotos zu sozialen, kulturellen und politischen Brennpunkten. Es ist eine zeitgeschichtliche Dokumentation, die von vielen engagierten Fotograf*innen erstellt wird. Bei vielen der Aktionen von #besetzen war Umbruch vor Ort und hat das Geschehen festgehalten um eigene Veröffentlichungen zu ermöglichen. Online findet ihr zu #besetzen und vielen weiteren Ereignissen Bilder unter: umbruch-bildarchiv.org

Chronik

29.06.2017 Neuköllner Kiezladen Friedel54 nach über 10 Jahren geräumt

15.08.2017 Nach Monaten stiller Besetzung wird die Alte Teppichfabrik auf der Halbinsel Stralau (Friedrichshain) geräumt

14.04.2018 "Zusammensetzen - widersetzen - besetzen." Mietenwahnsinn-Demo

Frühling der Besetzungen

20.05.2018 Bornsdorfer Str. 37b besetzt!

20.05.2018 Reichenbergerstr. 114 besetzt!

20.05.2018 Parallele Scheinbesetzungen Petersburger Str. 16, Finowstr. 1 (Friedrichshain), Odenstr. Ecke Studenstr. (Steglitz), Karl-Marx-Straße 145 (Neukölln), Arndtstr. (Kreuzberg), Altes Funkwerk (Grünau), Alter Bootsschuppen (Rummelsburg)

25.05.2018 Demo: "Der Senat redet von Wohnungspolitik – Wir machen sie!"

02.06.2018 SPD Parteitag Störaktion

11.06.2018 Go-In bei der SPD

31.07.2018 Go-In bei "Stadt und Land" gegen Repression wegen der Besetzung Bornsdorfer Str.

Herbst der Besetzungen

07.09.2018 Google Campus in Kreuzberg besetzt

08.-09.09.2018 Workshoptage 1.0 - Mehringhof (Kreuzberg)

08.09.2018 Großbeerenstr. 17A (G17a) besetzt!

11.09.2018 Kiezversammlung vor der Großbeerenstr. 17A

17.09.2018 Kaffee und Kuchen vor dem besetzten Haus in der Großbeerenstr. 17A in Kreuzberg

29.09.2018 Nach der Demo "Liebig34 verteidigen - Gegen Gentrifizierung" wurde der Weidenweg 36 (Friedrichshain) besetzt!

06.10.2018 Geplante Ferienwohnung in der Skalitzer Str. in Kreuzberg besetzt!

06.10.2018 Berlichingenstr. 12 in Moabit besetzt

14.10.2018 Straßenfest vor der G17A

20.11.2018 Kundgebung bei "Stadt & Land"

22.12.2018 Ehemaliger Holzkohleladen in der Neuköllner Wipperstr. 5 erneut besetzt

31.12.2018 Potse & Drugstore bleiben! Kundgebung zur Schlüsselübergabe

Neue Ansätze

22.02. - 24.02.2019 Workshoptage 2.0 in der Schule für Erwachsenenbildung (Kreuzberg)

Februar 2019 Hostel36 in Kreuzberg durch vielfältige Aktionen verhindert

28.02.2019 #Besetzen Sprechstunde im Wedding startet

02.03.2019 Demo "Hoch die Interkiezionale Solidarität!"

25.03.2019 Eigentümer G17a brechen Gespräche mit Besetzer*innen ab

06.04.2019 Leerstehender Laden Bizim Bakkal in der Kreuzberger Wrangelstr. wird während der Demo "Gemeinsam gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn" besetzt!

21.04.2019 Kundgebung gegen ASW (G17a Eigentümer)

29.04.2019 Kundgebung: "Rummelsburger Bucht für Alle! BVV fluten!" gegen die Bebauung der nördlichen Rummelsburger Bucht in Lichtenberg

11.05.2019 - 16.05.2019 Foto-Ausstellung in der Regenbogenfabrik: Die Häuser denen die drin wohnen

24.05.2019 Leerstand in Friedenau besetzt!



25.05.2019 Wagengruppe DieselA besetzt! Grundstück an der Rummelsburger Bucht

29.05.2019 DieselA eröffnet einen Kiez-Raum an der Rummelsburger Bucht

29.05.2019 G17A geräumt

27.06.2019 Demo gegen Immobilienkongress

04.07.2019 TuMalWat-Vollversammlung im Mehringhof

22.09.2019 #besetzen Aktionstrainings

22.09.2019 Wagentage in Berlin: DieselA besetzt! erneut ein leerstehendes Grundstück

TuMalWat-Tage 26.09.-29.09.

28.09.2019 Landsberger Allee 54 besetzt!

28.09.2019 Frankfurter Allee 187 besetzt!

12.10.2019 Antirepressionsdemo: Free Primbo

14.10.2019 DieselA Wagenplatz wird geräumt

02.11.2019 Interkiezionale DemoOne struggle one fight!

27.02.2020 SabotGarden von Securities belagert und schlußendlich kalte Räumung bis April

13.03.2020 Soli Kundgebung RummelsburgerBucht

28.03.2020 #besetzen Liveübertragung: An unterschiedlichen Orten werden Wohnungen besetzt!



Am 20.5.2018 wurden insgesamt neun Häuser besetzt, darunter die Bornsdorfer Str. 37B und die Reichenbergerstr. 114. Dieser Text ist eine (etwas theoriegeladene) Einordnung der #besetzen-Kampagne, die nicht nur auf diesen Tag, sondern so ziemlich auf die kommenden drei Jahre (and beyond...) zutrifft. Wir haben ihn etwas gekürzt. Den gesamten Text könnt ihr nach wie vor auf dem Blog lesen.

Der Fr der Be



ADRESSE: Bornsdorfer Str. 37b

DATUM: 20.05.2018

AUSGANG: Am selben Tag geräumt

KONZEPT: Eine Besetzung mit 56 Menschen im Haus und vielen weiteren davor. Es wurde aktiv auf die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft zugegangen, um einen Mietvertrag zu verhandeln. Es sollte Wohnraum, eine selbstverwaltete Kita und ein Kiezraum entstehen.

REPRESSION: Es wurden 56 Strafanzeigen gegen die Menschen im Haus gestellt. Allen wurde Hausfriedensbruch vorgeworfen, eine Hand voll Aktivist*innen bekamen zudem weitere Vorwürfe wie Widerstand und tätlicher Angriff. Die Verhandlungen begannen Ende 2019 und wurden politisch mit Kundgebungen, Störaktionen etc. geführt. Der Vorwurf des Hausfriedensbruchs wurde letzlich eingestellt, da der Antrag nicht korrekt gestellt wurde.

EIGENTÜMER*IN: Stadt und Land

DAS GEBÄUDE JETZT: Wird nach einer Modernisierung als Studiwohnheim genutzt.

Ein Text der AG Gesellschaftskritik des sozialen Zentrums in der Reiche114

rühling esetzungen

Am 20. Mai besetzten Aktivist*innen in einer berlinweit koordinierten Aktion neun, teilweise seit Jahren leerstehende Wohnungen und Häuser. Bereits im Vorfeld hatte es durch das Bündnis #besetzen eine Ankündigung dazu gegeben:

"Wir werden besetzen. Hiermit informieren wir darüber, dass wir als selbstbestimmte Berliner*innen die Unvernunft von Leerstand in einer Stadt mit Wohnungsnot, Armut und Verdrängung nicht länger hinnehmen und uns in Zukunft Häuser nehmen werden. Wir fordern alle auf, ihre insgeheimen Träume vom profitfreien Wohnen wahr werden zu lassen. Wir fordern dazu auf, sich mit den Aktiven und den Nachbar*innen zu solidarisieren und die Logik von Miete und Wohneigentum abzulehnen. Wir haben nichts zu verlieren, als unsere nächste Mieterhöhung."

Binnen kürzester Zeit verbreitete sich die Nachricht der Besetzungsaktion in den Kiezen und über die sozialen Medien.

Die Polizei war angesichts der über die ganze Stadt verteilten Aktionen überfordert und musste die Aktivist*innen gewähren lassen. Vor den Gebäuden wurden Kundgebungen angemeldet, an denen sich hunderte Menschen beteiligten und - entsprechend der zuvor geäußerten Hoffnung des Bündnisses - mit den Aktiven und neuen Nachbar*innen solidarisierten. Indem die Besetzungen in wenigen Stunden derart hohe Wellen schlugen, zwangen die Aktivist*innen die rot-rot-grüne Regierung Berlins (R2G), deren Parteien allesamt den Kampf gegen die profitorientierte Wohnungspolitik zum zentralen Thema ihres Wahlkampfs gemacht hatten, sich zu den Besetzungen zu positionieren und die Entscheidung über mögliche Räumungen zu einer politischen zu machen. Die Bundestagsabgeordnete Canan Bayram der Grünen ließ verkünden: "Der Senat hat jetzt die Gelegenheit, die Frage zu beantworten, wem die Stadt gehört."

Die Besetzer*innen hatten erreicht, den seit Jahren vorherrschenden Miet-Diskurs aus verschleiernden Phrasen und abstrakten (und damit leeren) Forderungen aufzuschlüsseln und die Konfliktlinien klar abzustecken. Die zentrale Frage des Wahlkampfs der Partei Die Linke "Wem gehört die Stadt?", die während eines gemütlichen Spaziergangs mit vielen lustigen Plakaten von 25.000 Menschen vom Potsdamer Platz nach Schöneberg im luftleeren Raum schwebte, musste von der Politik am Nachmittag des 'Karnevals der Besetzungen' konkret beantwortet werden. Indem die Aktivist*innen durch die Aneignung der seit Jahren leerstehenden Häuser Tatsachen schufen, konnte der Widerspruch aus der Logik des Kapitals und einer Logik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert nicht mehr durch abstrakte Phrasen verwässert werden. (...)

Es steht das Recht auf Profit das mit Gewalt gegen das Recht auf ein gutes Leben durchgesetzt wird. Denn wie es diese Gewalt historisch brauchte, um das Privateigentum von wenigen Herrschenden durch die Enteignung der breiten Bevölkerung in die Welt zu setzen, so braucht es die Drohung der Gewaltanwendung, um den Fortbestand der kapitalistischen Vergesellschaftung und ihren möglichst reibungsfreien Ablauf zu sichern. Über die Zeit hat sich diese Gewalt von einer äußeren Bedrohung zum berühmten "cop in your head" gewandelt. Die systemische Gewalt hat sich dermaßen in die gesellschaftlichen Verhältnisse des Normalbetriebs verfestigt, dass sie den Menschen kaum noch als solche erscheint. Es erscheint dadurch nicht mehr als Gewalt, sondern als der bedauerliche Lauf der Dinge, Menschen ohne Obdach leben oder sie im Mittelmeer

ertrinken zu lassen. Als Gewalt erscheint es im öffentlichen Bewusstsein erst, wenn sich Menschen diesem Unrecht widersetzen. "Krieg ist Frieden", heißt es dazu von Orwells Big Brother.

Dann beginnt die Repression. Die in den gesellschaftlichen Verhältnissen fortwirkende Gewalt wird greifbar, wenn sich die Menschen der kapitalistischen Logik - freiwillig oder gezwungenermaßen - widersetzen. Stets kann das Kapital auf physische Gewalt zurückgreifen, um den ökonomischen Frieden zu sichern. So wendet der deutsche Staat Millionen von Euro dafür auf, Menschen, die sich die Preise der BVG nicht leisten können mittels "Ersatzfreiheitsstrafen' in den Knast zu stecken. um die Logik des Marktes gegen die Ärmsten der Gesellschaft durchzusetzen. Findet die staatliche Anwendung von Gewalt in der Regel fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit statt, wurde sie durch die Aktion von #besetzen zum Politikum.

R2G musste sich entscheiden, ob sie die konkreten Konsequenzen aus ihren Wahlkampfforderungen zieht und das Bedürfnis auf Wohnraum – wenigstens im besonderen Fall –

über die Logik des Kapitals, in diesem Fall: das Bedürfnis nach Räumen für ein gemeinsames, solidarisches Leben über die Spekulation durch Leerstand stellt. Und der Senat aus SPD, Grünen und Linkspartei tat dies kompromisslos und unzweideutig. Während die Besetzer*innen in der Bornsdorfer Str. noch mit einzelnen Politiker*innen diskutierten, bekam die Berliner Polizei von anderer Stelle grünes Licht für die Räumung. Allen Besetzer*innen und alle Unterstützer*innen, die sich für ein solidarisches Zusammenleben engagieren, wurde verdeutlicht, dass der "cop in your head" egal unter welcher Regierung - jederzeit durch die behelmten Schlägertruppen der deutschen Polizei ersetzt werden kann. Hatten diese bereits im Vorfeld verbal Gewalt gegen die Aktivist*innen angekündigt, schlugen sie während der Räumung mehrere Personen ins Krankenhaus. Auch alle anderen Besetzungen wurden noch am selben Abend geräumt. Binnen weniger Minuten entpuppte sich alles, was die rot-rot-grüne Regierung im letzten Jahr zu den Bedürfnissen der Mieter*innen verlautbaren ließ als Schall und Rauch.

Eindeutig hatten sie sich dazu bekannt, die Logik des Kapitals weiterhin – unter Anwendung brutaler Gewalt – gegen das Bedürfnis der Menschen nach Wohnraum durchzusetzen.

Der Versuch des linksliberalen Bürgertums die Aktion im Nachhinein als eine "Erinnerung" oder "Mahnung" an die Politik für sich zu vereinnahmen, stellt den Versuch dar, diese Konfliktlinien wieder zu verwässern und die Besetzungen ins falsche Licht zu rücken. In Wirklichkeit waren diese keineswegs als symbolische, sondern dauerhafte Besetzungen konzipiert und mit der Forderung verknüpft "die Logik von Miete und Eigentum abzulehnen". Die Besetzungen waren daher keine Erinnerung an bezahlbaren Wohnraum, sondern die Infragestellung des menschlichen Lebens in einer Stadt, in der die Menschen als arbeitende und konsumierende Monaden ihr Dasein fristen, während ihnen der öffentliche Raum genommen und entsprechend den Profitinteressen des Kapitals - durch Einkaufs-Malls, Autobahnen, ein Schloss oder Luxus-Hotels verunstaltet wird.

Reiche114

ADRESSE: Reichenbergerstr. 114

DATUM: 20.05,2018

AUSGANG: Am selben Tag geräumt

KONZEPT: Das Ladenlokal im Erdgeschoss ist Eigentum von einem der dreistesten Verdränger der Stadt. Das Objekt stand bereits seit mehreren Jahren leer, bis dort, durch die Besetzer*innen angestoßen, ein neues nachbarschaftliches soziales Zentrum entstehen sollte. Dort sollte ein selbstorganisierter Ort geschaffen werden, an dem ein Zusammenkommen auf Augenhöhe möglich sein kann. Ob unkommerzielles Café, Veranstaltungsraum, Infoladen, Umsonstladen oder Ort zum Abhängen – was entstehen soll, kann organisch wachsen. Um diese Idee zu verwiklichen versammelten sich an dem Tag viele Menschen vor dem Eingang der Immobilie.



REPRESSION: Die solidarische Menge vor dem Haus wurde von der Polizei angegriffen.

EIGENTÜMER*IN: Akelius

ART: Laut

Die Besetzungen am 20.5.2018 sorgten für eine große Resonanz in der Bewegung wie auch in den Medien. Wir glauben, das hat uns damals ziemlich von den Socken gehauen. Es gab einige Stimmen die sagten, wir sollten sofort wieder besetzen ... doch die Art und Weise wie wir Besetzungen geplant und gemacht haben, ließ das nicht zu. Und schließlich heißt die Kampagne ja #Besetzen, andere könnten ja weiter machen und sich dem Hashtag aneignen.

Wir beschlossen die Flamme anders am Lodern zu halten und uns mit den Strafanzeigen, die wir bei der Besetzung der Bornsdorfer Str. 37b kassiert hatten, auseinander zu setzen. Die Repressionen des Staates mit als politisches Kampffeld zu sehen, ist über die Jahre eine Taktik von #besetzen geblieben.

Go-In bei STADT & LAND /__/eute um 11:45 Uhr sind wir – Freund*innen der Hausbesetzungen und Freund*innen der Borni37b – in die Geschäftsstelle (Werbellinstr. 12) der STADT UND LAND gegangen um die Rücknahme der Strafanträge wegen Hausfriedensbruch zu fordern.

Am 20.5. diesen Jahres sind mehr als 60 Menschen in das seit Jahren leerstehende Haus in der Bornsdorfer Str. 37b in Berlin Neukölln eingezogen. Sie haben es besetzt. Wenig später tauchte die Polizei auf. Es wurde der Eigentümer – allen voran der Geschäftsführer, Ingo Malter – von der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND herzitiert. Malter ließ das Haus noch am gleichen Tag von den Bullen räumen.

Ätzend, dass wir bei diesem Wetter (35°C) im Schatten) überhaupt in den Büro-Glaskasten in Neukölln gehen mussten. Wir hätten uns weitaus besseres vorstellen können. Aber was soll's!? – 56 Strafanträge sind eben kein Zuckerschlecken und die Oberbosse der städtischen "Wohnbauten-Gesellschaft mbH" haben hier nun mal ihre Büros.

Im Foyer des Gebäudes schlug uns die soziale Kälte der Rezeptionist*innen entgegen, die ob der draußen schwelenden Hitze fast schon erfrischend war. Weder wollte man mit uns reden, noch wollte (oder konnte) man die mitgebrachten Briefe an ihren Chef Ingo entgegenehmen oder lesen. Immerhin wählten sie nicht die 110 oder den Sicherheitsdienst, sondern den Pressesprecher Frank Hadamczik und die zweite Geschäftsführerin Anne Keilholz. Ingo selbst war angeblich im Urlaub.

Nun standen wir da mit Frank, der bereits am bei der Besetzung die Interviews von Ingo eintütete und Anne, die mit Ingo zusammen immerhin die Machtposition bei STADT UND LAND inne hat. Freundlich erklärten wir unser Anliegen: Sie haben jetzt die Chance, 56 Strafanzeigen zurückzuziehen. Immerhin nützen diese niemanden was. Und sowieso: das Haus in der Bornsdorfer Str. stand leer und tut es auch weiterhin. Wessen Hausfrieden wurde hier eigentlich gebrochen? Und wären die Borni37b-Leute nicht die viel besseren "Hausverwalter*innen" als Ingo, Anne und Frank?

Während Frank etwas unsicher im Raum umher lief, stand Anne kerzengerade vor uns und trug immer wieder ihre auswendig gelernten Zeilen vor. Man wäre sich einig in der Geschäftsführung und es ist und bleibt alles so, wie es war, weil es so ist. Auf die Frage, warum man denn nichts an der Situation ändern könne, sagte Anne zunächst, sie habe keine Meinung dazu. Am Ende sagte sie dann aber doch, sie finde es "richtig" die Strafanzeigen aufrecht zu erhalten und die Besetzer*innen zu bestrafen. Frank verwies nochmals darauf, dass es nach der Räumung ja sowieso sehr verwüstet ausgesehen habe und da ja noch die Sache mit dem Eigentum ist.

Wir ließen noch Ballons, Sticker und Briefe im Gebäude. Die Message war trotzdem klar: wenn ihr keine Feinde einer solidarischen Stadt seid, dann geht ihre auf unsere Forderungen ein. Anne und Frank haben es dann doch bevorzugt, sich in ihren Glaskasten zurückzuziehen und an einer Taktik der Eskalation festzuhalten.

Sie sind die Feind*innen einer solidarischen Stadt – einen so netten Besuch werden wir ihnen nicht nochmal abstatten. Wir hoffen, dass alle Freund*innen der Idee einer solidarischen Stadt ihre Schlüsse daraus ziehen, dass STADT UND LAND und ihre Bosse als Gegner*innen erkannt und so behandelt werden.

Ob Padovicz, Akelius, Pinehill, Deutsche Wohnen oder STADT UND LAND: Ihr seid der gleiche Dreck! Wir werden weitherhin solidarisch mit allen sein, die sich der Profitlogik eurer Unternehmen entgegensetzen – auf allen Ebenen, mit allen Mitteln!

Für die Stadt von Unten!

Rückblickend ist es wirklich lustig, dass Anne Keilholz da behauptete, sie seien sich in der Geschäftsführung einig. Immerhin haben sie es nicht geschafft, die Strafanzeigen richtig zu stellen. Es fehlte die fristgemäße Anzeige von Anne Keilholz, weshalb nach zwei Jahren Gerichtsverfahren alle Borni37b-Anzeigen eingestellt wurden. Ätschibätsch!

How-To Besetzen Tipps und Tricks für Besetzungen

um Glück haben sich auch vor uns schon viele Menschen bemüht, schlaue Hinweise zu Besetzungen zu sammeln und dokumentieren. Wir wollen hier also nur zusammen tragen, was wir hilfreich finden und stellen keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Zum besetzen braucht es nicht viel. Wer will, kann sich aber sehr intensiv vorbereiten. Was ihr alles bedenkt, hängt davon ab, wie viel Zeit ihr habt, um euch vorzubereiten und was für euch wichtig ist, damit ihr mit einem gutem Gefühl aus der Aktion heraus geht - egal ob die Besetzung gehalten werden kann. Es gibt bei Besetzungen manchmal physische oder emotionale Hürden zu überwinden. Besetzungen können emotional sehr stressig sein, vor allem durch die ständige Drohung einer Räumung. Auch können Besetzungen Strafverfahren mit sich ziehen. Es kann also Sinn machen, sich mit all diesen Themen vorab zu befassen, um mit einem besseren oder sicheren Gefühl zu besetzen.

Wie funktioniert die Bezugs/ Gruppe gut?

Vor der Besetzung macht es eventuell Sinn, dass ihr euch untereinander als Gruppe, die zusammen besetzen will, besser kennen lernt. Was braucht ihr in Stresssituationen für einen Umgang miteinander, wie könnt ihr euch bei Situationen unterstützen, die euch Angst machen, wie zum Beispiel Kontakt zu den Cops? Dazu gehört auch zu verstehen, dass ihr eventuell unterschiedliche Bedürfnisse habt, die sich zum Teil auch aus verschiedenen Diskriminierungserfahrungen ergeben. Schwarze Menschen und genderqueere Menschen erfahren häufig oder anders Polizeigewalt, nicht alle Menschen sind körperlich gleich belastbar oder können die gleichen physischen Hürden überwinden (Klettern, rennen), und Menschen, die einer Lohnarbeit nachgehen, sind oft zeitlich mehr eingeschränkt. Durch offene Kommunikation könnt ihr ein solidarisches Miteinander schaffen. Der Bezugsgruppenreader kann euch dabei helfen. euch als Gruppe besser kennen

zu lernen. Außerdem bietet er viele allgemeine Tipps, um sich auf Aktionen vorzubereiten.

Bezugsgruppenreader: interkiezionale.noblogs.org material-diy

Mit vielen Menschen kommunizieren

Eine gute Kommunikation trägt viel zu einer guten Aktion bei. Häufig ist es so, dass während einer Besetzung Entscheidungen unter Zeitdruck getroffen werden müssen. Vielleicht wollt ihr auch mehr Menschen zu eurer Besetzung einladen und müsst daher Wege finden, in großen Gruppen zu kommunizieren. Tipps für schnelle Entscheidungsfindung findet ihr auch im Bezugsgruppenreader. Ansonsten könnt ihr über die Materialliste vom Kommunikationskollektiv sehr viele Anleitungen finden,

z.B. für Konsensfindung, Handzeichen oder Großgruppenmoderation.

Linkliste KoKo: kommunikationskollektiv.org/material



Häuser finden & Instand setzen

Um zu besetzen braucht es ein leerstehendes Gebäude. Checkt vorher, ob ein leeres Haus nicht doch dient als Pennplatz für Menschen ohne sicheren Wohnort. In Großstädten ist es nicht immer so einfach besetzbare Gebäude zu finden. Viele leere Gebäude werden bewacht und/ oder sind gut gesichert. Wenn ihr ein Gebäude gefunden habt, findet heraus, ob dort ab und zu ein Sicherheitsdienst ist, ob es Überwachungskameras oder eine Alarmanlage gibt. Manchmal sehen Gebäude aber auch besser gesichert aus, als sie es wirklich sind (Kameraattrappen, Sicherheitsdienst kommt nur sehr selten, Alarmanlage springt nicht an etc.). Also nicht sofort abhalten lassen! Auch Türen aufbrechen ist eine Hürde, vor allem wenn ihr dabei keine Spuren hinterlassen wollt. Dafür muss eins das Schloss meistens aufbohren (laut), aufpicken (braucht viel Übung) oder ziehen (braucht das richtige Werkzeug). Letzendlich haben wir es geschafft, uns diese kleinkrimenellen Tricks selber anzueignen und glauben, dass ihr das auch schafft! Für die Planung der Besetzung kann es sinnvoll sein zu wissen, in welchem baulichen Zustand ein Haus ist. Gibt es Strom, Wasser, Toiletten, Fenster oder Heizung? Falls nicht wollt ihr eventuell all das mit ins Haus nehmen (Toiletten-Eimer, Licht, Decken, Schlafsäcke etc.). Außerdem solltet ihr euch auch mit der Nachbar*innenschaft bekannt machen. Gibt es Menschen die ihr mit einbeziehen wollt? Was bedeutet die Nachbar*innenschaft für die Besetzung und umgekehrt? Zu all diesen Punkten findet ihr Tipps im Besetz-Mal-Reader:

> besetzen.org/ besetzungselber-macher

Warum besetzen und wie verteidigen?

Diese zwei Fragen sind große Fragen. Es gibt viele Antworten auf diese Fragen und einige unterscheiden sich nur im Detail. Sowohl in dieser Broschüre als auch in den Texten, die wir verlinken, sind einige Antworten auf diese Fragen. Als Besetzer* innen solltet ihr diese Fragen für euch selber beantworten. Allerdings sind wir immer davon ausgegangen, dass es in Städten wie Berlin mehr als nur eine Gruppe braucht, um erfolgreich zu besetzen. Wenn ihr also besetzen wollt, fragt euch doch vorher, ob es Sinn macht mit nur zehn Menschen zu besetzen? Versucht die Aktion in einen größeren Kontext zu stellen beziehungsweise sie in einem größeren Kontext zu sehen: Wie kann die Besetzung erfolgreich sein? Was ist überhaput Erfolg? Und was braucht es, um erfolgreich zu sein? Das vorab.

Generell solltet ihr vor einer Besetzung aber ein paar Fragen beantwortet haben, zumindest grob. Wollt ihr zusammen dort wohnen, einen Nachbar*innenschaftsladen oder Jugendzentrum aufmachen? Wollt ihr proaktiv auf die Eigentümer*innen zu gehen oder erst einmal still besetzen (also ohne dass es andere mitbekommen)? Falls eine Räumung droht, wollt ihr mit Eigentümer*in und Cops reden? Wollt ihr einen Deal aushandeln? Wollt ihr nach der Räumung eine Sponti machen? Dafür wollt ihr vielleicht auch schon vorab wissen, wer Eigentümer*in des Hauses ist.

tümer*in des Hauses ist. Das zu recherchieren ist nicht immer so einfach. Auf dem Blog der Vernetzung von Mieter*innen des Eigentümers G. Padovicz findet ihr gute Re-

cherchetipps: padowatch. noblogs.org/recherchehilfe- wohin-fliesst-meinemiete



Besetzungen bringen Repression mit sich. Manchmal gehen die Cops sehr brutal bei Räumungen vor, vor allem drinnen, wo es niemand sieht. Polizeigewalt nimmt Menschen emotional mit und kann sogar zu Traumata führen. **Emotionale Erste-Hilfe findet ihr** unter dem Begriff "Out of Action" (OoA). In manchen Städten gibt es OoA-Gruppen und in den OoA-Broschüren findet ihr erste Tipps. Übernehmt die Hinweise am besten vorab in eure Aktionsplanung - zum Beispiel könnt ihr im besetzten Gebäude eine Ruheecke einrichten und für nach der Besetzung/Räumung Treffen organisieren für diejenigen, die das Bedürfnis haben über die Aktion/Polizeigewalt zu reden.

Repression kommt auch in Form von Strafverfahren. Hier macht es Sinn sich vorab über Konsequenzen zu informieren und zu überlegen, wie ein solidarischer Umgang aussehen kann. Repression richtet sich immer gegen politischen Ideen - gegen Repression vorzugehen ist Teil des politischen Widerstands, Einen kollektiven Umgang braucht es, damit niemand alleine gelassen wird mit Repression. Das heißt, dass die Gruppe verantwortlich ist für den Umgang damit - eine Anwält*in finden, Geld sammeln, die Strategie vor Gericht entscheiden, den Rote Hilfe Antrag stellen. Zum Glück gibt es mit Anarchist Black Cross, dem Ermittlungsausschuss (EA) und der Roten Hilfe gleich drei Gruppen die bundesweit arbeiten und Menschen unterstützen in Fragen und mit Geld. Mehr zu

dem Thema findet ihr auch folgenden Seiten: besetzen.org/antirep und interkiezionale.noblogs. org/demo-01-08

Falls ihr nicht weiter kommt, fragt andere Gruppen, Genoss*innen, eure Familie oder Nachbar*innen um Hilfe – nehmt euer Umfeld in die Verantwortung, viele Menschen entpuppen sich als solidarischer als erwartet. Viel Spaß beim Besetzen!



Der Sommer wurde zum Spätsommer und die erhoffte Welle an #Besetzungen blieb aus. Eventuell lag's ja daran, dass Menschen zwar besetzen wollten, aber es sich nicht zutrauten? Daher kam die Idee eines Workshop-Tages, um die gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen zu teilen und Menschen zu weiteren Besetzungen zu mobilisieren. In dem Motto "mach deine Theorie zur Praxis" wurde im Anschluss an den Workshoptag auch besetzt.

#

FuckOffGoogle

ADRESSE: Paul-Linke-Ufer 20/21 Ecke Ohlauer Str. 43

DATUM: 07.09.2018

AUSGANG: Am selben Tag geräumt

KONZEPT: Auf das Vorhaben von Google einen neuen Campus in Kreuzberg zu eröffnen gab es breiten Protest. Von Lärmdemos durch Nachbar*innenschafts-Initiativen bis hin zu nächtlichen Angriffen auf das Objekt. In diese Proteste reiht sich auch die Besetzung ein. Die Besetzer*innen forderten, dass sich Google unverzüglich aus Kreuzberg zurück zieht und die Räume durch die Nachbar*innenschaft genutzt werden.

Bevor die angesetzte Kiezversammlung stattfinden konnte, wurde klar, dass die Polizei räumen wird und die Besetzer*innen verließen das Objekt. Was dem Großteil gelang.

ART: Laut

REPRESSION: Nachdem die Besetzer*innen aus dem Haus in die Menge rannten, kam es zu rund fünf Festnahmen. Dabei gab es Vorwürfe wie Widerstand, versuchte Körperverletzung etc. Auch gegen die Anmelder*in der Kundgebung wurde ein Verfahren geführt, mit dem Vorwurf, das diese nicht spontan gewesen wäre. Die Person wurde im Berufungsprozess freigesprochen. Die anderen Verfahren sind zum Zeitpunkt dieser Broschüre noch nicht abgeschlossen.

EIGENTÜMER*IN: Google



ADRESSE: Großbeerenstr. 17a

G17A

DATUM: 08.09.2018

AUSGANG: Durch Verhandlungen war es möglich eine Wohnung rund acht Monate lang zu nutzen. In den fortlaufenden Verhandlungen kam es jedoch zu immer weiteren Einschränkungen, welche die Wohnung gegen Ende nahezu unnutzbar machten. 29.05.2019 wurde die Auflage der maximalen Besucher*innen-Anzahl bewusst mit einem spontanen Fest gebrochen. Daraufhin kam ein Aufgebot der Polizei und drohte die Wohnung zu räumen.

del Tollzei und dronte die Wollfallig zu fadmen. Hadim zum

Mit dem folgenden Flyer und Veröffentlichungen im Web wurde die Besetzung der Großbeerenstr. am 08.09.2018 verkündet.

m laufe des Tages stellte sich heraus, dass diese Besetzung im Gegensatz zu vielen anderen Aktionen von #besetzen nicht in ein paar Stunden enden sollte. Die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH ließ sich auf Verhandlungen ein. Diese zogen sich über die darauf folgenden Monate - eine Zeit, in welcher der Raum vielfältig genutzt wurde (Kiezversammlung, Kaffee & Kuchen, Nachbar*innen Treffen, Kundgebung, Straßenfest, Wohnraum, Plenumsraum, Veranstaltungsort). Die Verhandlungen waren schleppend, wovon die vielen "Aktueller Stand" Nachrichten und Pressemitteilungen auf dem #besetzen Blog zeugen. Nach langem hin und her, bei dem es so aussah, als würden sich beide Seiten damit schwer tun, rote Linien zu definieren, spitzt sich die Lage Ende Februar 2019 zu. Die Verhandlungen werden abgebrochen und die Nutzung des Raumes soll, verunmöglicht werden. Mehr dazu später ...

Die Besetzer*innen verließen ohne weitere Repression selbstständig nach Verhandlungen das Haus.

KONZEPT: Direkt im Anschluss eines zweitägigen Skillshares zu Besetzungen wurde das seit Jahren leer stehende Objekt besetzt. Das Haus wurde bereits lange davor durch Nachbar*innenschaftsinitiativen thematisiert. Es wurde aktiv Kontakt mit dem kirchlichen Eigentümer aufgenommen. Die daraus folgenden Verhandlungen zogen sich über Monate hin. Die Besetzer*innen verstanden sich als eine Hausprojektgruppe und wollten dort Raum zum Wohnen mit verschieden Generationen

schaffen. In dem Gewerberaum sollte ein nachbarschaftliches soziales Projekt entstehen.

REPRESSION: Keine. Die Menschen die zum Zeitpunkt der Räumung drinnen waren konnten nach Verhandlung ohne Personalienfeststellung gehen.

EIGENTÜMER*IN: Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft

DAS GEBÄUDE JETZT: Wird nach einer Renovierung neu vermietet.

BESETZUNG LEERSTEHENDER WOHNUNGEN in der Großbeerenstraße 17 a (Kreuzberg 61)

Heute haben wir die seit **vielen Jahren leerstehenden Wohnungen** in der Großbeerenstraße 17a besetzt. Die Leerstandsgeschichte des Hauses ist in der Nachbarschaft schon lange bekannt. Das Haus steht zudem wegen Verstoß gegen die Zweckentfremdungsverordnung seit Jahren im Fokus des Bezirks.

Wir sind eine **Hausprojektgruppe**, die nach Möglichkeiten für ein Zusammenwohnen nach dem Prinzip gegenseitiger und solidarischer Unterstützung sucht - auch im Alter. Der leerstehende Wohnraum in der Großbeerenstraße bietet diese Möglichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass in dem ebenfalls leerstehenden **Gewerberaum** im Haus ein **nachbarschaftliches soziales Projekt** entsteht. Welches Projekt im Viertel gebraucht wird, darüber soll in einer öffentlichen Stadtteilversammlung beraten und entschieden werden.

Wir leben schon lange im Stadtteil (die meisten von uns) und haben vielfältige Erfahrungen mit Verdrängungsprozessen und dem Wegbrechen nachbarschaftlicher Beziehungen gemacht. Auf eine weitere Kommerzialisierung unseres Lebens und soziale Vereinzelung haben wir keine Lust.

Mehrfach haben wir versucht einen Gesprächstermin mit der Eigentümerin des Hauses - die **Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH** - zu bekommen. Nachdem anfänglich auf unsere Schreiben noch geantwortet wurde, wurde der Kontakt zu uns dann abrupt und ohne weitere Begründung abgebrochen.

Die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH ist die größte von 51 katholischen Siedlungsgesellschaften, Gesellschafter sind u.a. die Erzbistümer Köln, Paderborn, Münster und Aachen. Die GmbH besitzt rund 24.300 Wohnungen und rund 2.300 Gewerbeeinheiten. Regionale Tätigkeitsschwerpunkte sind Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berlin. Für einen hohen Bekanntheitsgrad des Unternehmens in Berlin sorgten 2011 Presseberichte über den Erwerb eines Wohnblocks in Neukölln für ein Wohnprojekt für Roma-Familien.

Den katastrophalen Zuständen auf dem Wohnungsmarkt wollen wir nicht tatenlos zusehen und setzen uns für grundsätzliche Veränderungen ein. Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis - Wohnraum muss aus der Profitlogik befreit werden!

Seit dem Frühjahr stehen Besetzungen für bezahlbaren Wohnraum, für Nachbarschaftszentren und soziale Räume wieder verstärkt auf der Tagesordnung. Besetzungen sind Protest gegen Immobilienspekulation, gegen die soziale Vereinzelung, Entmietung, Zwangsräumung, Wohnungslosigkeit und Lagerunterbringung.

UNSERE FORDERUNGEN SIND:

- ► Keine Räumung der besetzten Wohnungen, keine Strafanzeigen gegen Besetzer*innen!
- Übertragung des leerstehenden Wohnraums an uns!
- Schluss mit der sogenannten Berliner Linie!

Unterstützt uns, kommt in die Großbeerenstraße 17a....#besetzen

Der Herbst war jung und die Motivation war hoch. Es gab jetzt eine besetzte Wohnung und mit einer neuen Offensive würden wir den Durchbruch schaffen können! Die Besetzung des Weidenwegs 63 leitete den "Herbst der Besetzungen" ein, und gleich ein weiteres Thema: die bedrohten Projekte. Die Liebig34 sollte zu Anfang 2019 ihren Mietvertrag verlieren und war damit räumungsbedroht. Auch wurde der Feminismus bei dieser Besetzung stark betont - sowohl nach außen als im Innern (Planung, Durchführung, Öffentlichkeit). Damit war der Weidenweg doppelt solidarisch mit der Liebig34. "Kämpfe für Wohnraum, für gueer-feministische und antirassistische Kieze sind miteinander verbunden und stehen gemeinsam gegen strukturelle Gewalt und Verdrängung!"

... wir haben euch was mitgebracht: die versteckte Kamera.

Aus den Erfahrungen der Räumungen im Frühjahr hatten wir gelernt: wenn die Bullen draußen auf der Straße schon scheiße sind, sind sie im Haus drinnen und unbeobachtet geradewegs brutal. Um den Sexismus und die Gewalt der Bullen während einer Räumung klar zu machen, hat es nicht gereicht, diese im Nachhinein zu kommentieren. Keiner glaubt dir so wirklich. Daher wurde die Räumung des Weidenwegs 63 mit Video aufgezeichnet.

Die versteckte Kamera, die "Video-Falle", sollte in die polizeihistorische Sammlung eingehen, so die Ermittler*innen. Sie hat einen "dokumentarisch historischen Wert bezüglich der stadtpolitischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Wohnungsnot/Gentrifizierung" (Akte zur Weidenwegbesetzung). Na, da sagt ihr es selber. Außerdem scheinen die zuständige Ermittler*innen wohl nebenberuflich bei der UdK zu studieren... denn sie stellen wirklich sehr kunsthistorisch unterlegte Vermutungen zur Planung und Durchführung der Besetzung an. Ein unsichtbares Theater eben, um die Polizei auflaufen zu lassen... oh schön wär die Welt wenn doch die Bullen nur Komparsen wären und dieses ganze Theater kein realer Alptraum!



KONZEPT: Die Liebig34 ist ein Hausprojekt ohne cis-Männer, um einen Wohn- und Schutzraum ohne Diskriminierung, Alltagssexismus und cis-männliches Dominanzverhalten zu schaffen. Das Haus wurde zehn Jahre zuvor von der Stadt an die Unternehmensgruppe Padovicz verkauft und war zu diesem Zeitpunkt räumungsbedroht. Eine der vielen Soli Aktionen war auch die Demonstration "Liebig34 verteidigen gegen Gentrifizierung" die mit 1.000 Menschen an dem Abend stattgefunden hat. Im Anschluss wurde das Objekt im Weidenweg, welches ebenfalls Padovicz gehört und in direkter Nähe der Liebig34 liegt von rund 20 Aktivist*innen besetzt. Die Besetzer*innen solidarisieren sich mit der Liebig34 und kämpfen für Wohnraum für alle und einen feministischen Kiez!

REPRESSION: Alle im Haus bekamen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Diese 19 Anzeigen wurden im Herbst 2021 gegen eine Zahlung eingestellt. Einige Menschen vor dem Haus bekamen Anzeigen wegen Vermummung und Widerstand.

DAS GEBÄUDE JETZT: Steht weiterhin leer.

Besetzung leerstehender Wohnungen im Friedrichshainer Nordkiez

[Wir haben wieder besetzt!] +++
Besetzung im Weidenweg 63 +++
Unternehmensgruppe Padovicz
soll Wohnprojekt "Liebig34" an
Bewohnerinnen übergeben +++
Spekulativer Leerstand in Berlin
angeprangert +++

Berlin, 29.09.2018

Heute am 29. September 2018 haben queer-feministische Aktivist*innen im Friedrichshainer Nordkiez leerstehende Wohnungen der Unternehmensgruppe Padovicz besetzt. Diese Aktion schließt an #besetzten im Frühjahr diesen Jahres an, die sich der Wohnungspolitik des Senats entgegenstellen. Die Besetzung ist eine Solidaritätsaktion mit dem räumungsbedrohten Wohnprojekt Liebig34.

Queer-feministische Aktivist*innen haben heute am Abend des 29.09.2018 mehrere seit Jahren leerstehende Wohnungen im Weidenweg 63 in Berlin Friedrichshain besetzt. Sie fordern die Übergabe der Liebig34 an ihre Bewohner* innen. Das heute besetzte Haus gehört wie die Liebig34 der Unternehmensgruppe Padovicz. "Spekulativen Leerstand während zeitgleich ein paar Straßen weiter



Auszug aus der Akte zum Strafverfahren wegen Hausfriedensbruch im "Weidenweg 63" Auffällig ist die Komplexität dieser Hausbesetzung und der teils in sich widersprüchliche Charakter. Ein Hilfsmittel zur Aufschlüsselung dieser Komplexität scheint es zu sein, dieses als Theaterstück zu verstehen.

Die seinerzeitige Aktion – entsprechende Postings in den sozialen Medien legen dieses nahe -, lassen eine Genese des Projektes in den sozialen oder zumindest ideologischen Umkreis des "Bündnis Zwangsräumung verhindern" (BZRV) vermuten. Leitende Köpfe dort weisen sich als Theaterpädagoginnen in der Schule des brasilianischen Theatermannes Augusto Boal aus. Dieser ist bekannt für sein "unsichtbares Theater". Zuvor Unbeteiligte werden in Performances hineingezogen, um dann dort über gewisse Dinge unterrichtet zu werden, die anstonsten "unsichtbar" bleiben. Ein üblicher Topos des BZRV ist die "strukturelle Staatsgewalt". Strukturell bedeutet hier "unsichtbar", weil Teil des Gefüges. Die Poilizei steht ein für diese "strukturelle Staatsgewalt" und ein nicht professionell agierender Polizeibeamter vor Ort, etwa aufgrund von Übermüdung, hätte nun dieses visualisiert. Die Videokamera lässt sich nicht anders erklären, als dass man dieses erfassen wollte. Das ist sicherlich die komplexeste Perspektive, weniger theoretisch fundierte Positionen lassen sich dann an der aufwändigen Sicherung ablesen: Offenbar gab es doch Beteiligte, die an eine längerfristige Besetzung geglaubt haben.

Die "Veranstaltung" an sich bot die Möglichkeit, sich auf verschiedenen Wegen zu beteiligen. Dieses wird variiert haben zwischen zufälliger Teilnahme auf der Straße nach der eigentlichen Demo bis hin zu den Planern, die wahrscheinlich nicht selbst anwesend gewesen sind. Analog zum Militär darf man unterstellen, dass bei der Sitzblockade und bei den Hausbesetzern auch "erfahrene Kräfte" als Säule vorhanden waren, während eine vollständige Stellung der Hausbesetzer durch diese erfahreneren Kräfte in Bezug auf eine zu erwartende Strafverfolgung zu vermeiden gewesen ist – entsprechende Überlegungen waren bei anderen Hausbesetzungen nachzuweisen.

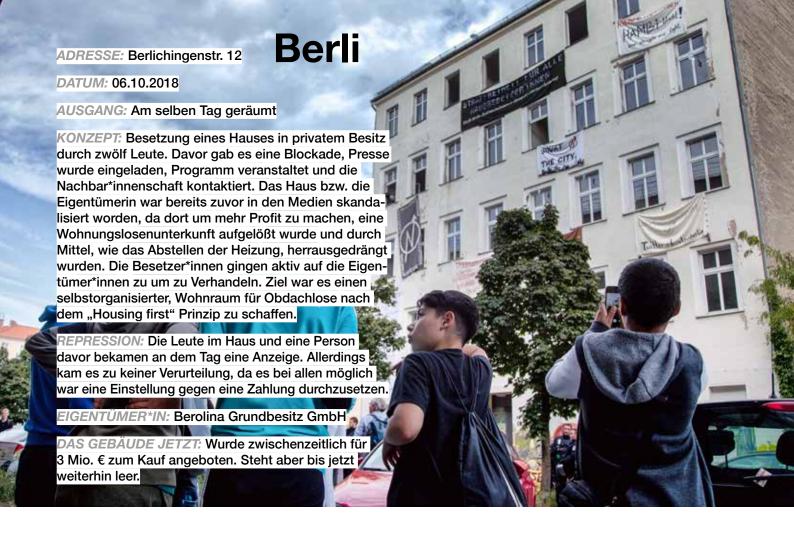
Im modernen Veranstaltungsmanagement des unterschiedlichen Mitmachen-Könnens und einer entsprechenden Nachsorge sind sich solche integrativen Techniken u.a. als Hybrid boosting bekannt.

In der Summe spielen diese Aspekte für die strafrechtiche Aufarbeitung an sich keine Rolle. Sie belegen jedoch die Komplexität einer Lage, die die Polizei bewältigen musste.

ein Wohnprojekt räumungsbedroht ist akzeptieren wir nicht. Die Besetzung ist eine Solidaritätsbekundung an das queerfeministische Hausprojekt und zeigt unseren Widerstand gegen die alltägliche Praxis der Verdrängung." so Maxi Anders, Presseprecherin der Aktivist*innen. Die Unternehmensgruppe Padovicz und auch andere Unternehmensgruppen wie CG, Deutsche Wohnen oder Akelius stehen für eine besonders brutale Form von Verdrängung.

Die Liebig34 wurde 1990 besetzt, ein Jahr später legalisiert und 2008 vom grün regierten Bezirk

an die Unternehmensgruppe Padovicz verkauft. Maxi A: "Derzeit verweigert sich Padovicz jeglicher Gespräche und hat bereits Pläne zur Entmietung und Luxussanierung geäußert. Das zwingt uns zu handeln." Das Hausprojekt in der Liebigstr. bietet Wohn- und Schutzraum für Menschen mit verschiedensten Hintergründen und Genderidentitäten, die kollektiv und selbstverwaltet ihren Alltag gestalten. Sie bietet so eine Antwort auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen, Lesben, Trans und Interpersonen (FLTI*) auf dem Wohnungsmarkt. Schutzräume wie dieser sind Notwendig, da aktuell neun von zehn wohnungslosen Frauen, Lesben, Trans und Interpersonen in ihrem Alltag sexualisierte Gewalt erfahren. Zudem sind Alleinerziehende, Geflüchtete und körperlich eingeschränkte Menschen sind oft besonders von Wohnungsnot betroffen. Maxi A.: "Wir nehmen heute die Forderung "Die Häuser denen die sie brauchen" selbst in die Hand. Wir besetzen für bezahlbaren Wohnraum, selbstverwaltete, queer-feministische Projekte und Schutzräume."



erbst 2018, dritter Akt: Obdachlosigkeit ist im herbstlichen Berlin iedes Jahr ein Thema mit dem mensch sich gern profiliert. Der halben Lösungen, Solidaritäts- und Lippenbekenntnissen müde, beschlossen wir, das Problem praktisch anzugehen. Die Geschichte der Berlichingenstr. 12 (Obdachlose waren hier untergebracht, aber wurden rausgeschmissen weil dort geplant war, zu höherem Gewinn Geflüchtete unterzubringen) war dafür geeignet wie keine andere. Zusätzlich haben wir ein Konzept ausgearbeit, dass den ,Housing First'-Ansatz aufgreift: zuerst sollen Menschen ein Zuhause haben, dann können andere Probleme in ihrer Lebenssituation angegangen werden.

Mit dieser Einordnung und Vorbereitung sollte mit dem Bild gebrochen werden, dass wir nur Häuser aus Spaß besetzen, oder bloß umsonst leben wollen. Dieses Haus war eine wasserdichte Geschichte. Da wir den politischen Entscheidungsträger*innen, trotz dieser bestechenden

Logik nicht ganz zutrauten, vernünftig zu handeln, haben wir auch einiges an Barrikaden aufgefahren... an denen sich die Bullen ja wahrlich die Zähne ausgebissen haben!

Unsere Befürchtung wurde leider bewahrheitet und wir wurden ohne wenn und aber geräumt. Uns dämmerte, dass Rot-Rot-Grün die Frage "Wem gehört die Stadt?" unverändert mit "den Besitzenden, Spekulant*innen und den Reichen" beantworten würde. Dazu aus der Pressemitteilung zur Berlichingenstr.: "Unter Rot-Rot-Grün hat sich ein Modus etabliert, bei dem einzelne Abgeordnete und Bezirkspolitiker*innen aller drei Koalitionsparteien vor Ort Solidaritätsbekundungen abgeben und so Imagepflege betrieben wird, während der Senat durch die Polizei bedingungslos und brutal das Eigentumsrecht durchsetzen lässt. Das verdeutlicht das ganze Elend der Wohnungspolitik dieses Senats. Die Wohnungsnot in Berlin wird von Monat zu Monat schlimmer."

Der Herbst, unser zweiter großer Wurf war vorbei und noch hatte es nicht geklappt, aber "der große Zuspruch, den wir durch die bislang 16 Besetzungen in diesem Jahr erfahren haben, bestärkt uns darin, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden weiter besetzen, solange bis wir es nicht mehr müssen."

Immerhin gab es noch die G17a. Der Raum wurde intensiv genutzt und es war ein Punkt, an dem verschiedene Gruppen zusammenkamen. Es gab viele Treffen, zeitweise wohnten dort Menschen und so einiges wurde vor dort aus geplant. Und auch einfach mal so Menschen zur Großbeerenstr. 17a (klingeln bei #besetzen) einzuladen, hat sich gut angefühlt. Im Winter 2018/19 gab es einen weiteren Erfolg: das Hostel36, Skalitzer Ecke Mariannenstr. wurde durch Proteste verhindert!

Skalitzer106



Na gut, letzten Endes lief es auf ein Kompromiss hinaus: stattdessen sollte dort ein Büro- und Gewerbekomplex entstehen, wohl bevorzugt für Kiez-Unternehmen und solche, die einen gemeinwohlorientierten und sozialen Ansatz haben. Nein, Nein, Nein, lieber Florian, das ist noch nicht die soziale Stadt!

Die Antirepressionsarbeit - also der Widerstand gegen die Gerichte und die Unterstützung der von Repression Betroffenen - war und ist Teil der #Besetzen-Kampagne. Und sie war notwendig. Im Laufe des Winters 2018/19 flatterten die ersten Strafbefehle für die Bornsdorfer Str. rein, und im anstehenden Jahr zählten wir insgesamt 179 Anzeigen gegen Hausbesetzer*innen unserer Kampagne. Bei den meisten handelt es sich um Hausfriedensbruch, aber immer mal wieder, und mit der Zeit immer mehr, wurden krassere Vorwürfe eingesetzt, um uns abzuschrecken und zu kriminalisieren. Der Skalitzer Str. war dafür ein erstes Beispiel: gemeinschaftlicher Widerstand und tätlicher Angriff, für die von der Staatsanwaltschaft Bewährungsstrafen gefordert wurden. Der nächste Text aus dem Herbst 2018 war Teil der ,Antirep'-Arbeit und zeigt auf, was man im Falle der Repression machen kann:

ADRESSE: Skalitzer Str. 106

DATUM: 06.10.2018

AUSGANG: Am selben Tag qeräumt

KONZEPT: In den Kellerräume sollten eigentlich Ferienwohnungen entstehen und somit zur Touristifizierung und Privatisierung unserer Lebensräume beitragen. Das Gegenkonzept waren selbstverwaltete, unkommerzielle Räume, die allen offen stehen und die auch ohne reiche Eltern genutzt werden können. Konkret sollte ein selbstverwalteter Sportraum für den Kiez entstehen, an dem alle herzlich dazu eingeladen waren, sich zu beteiligen. Unterstützt wurde die Besetzung von vielen solidarischen Leuten mit einer Kundgebung vor dem Haus. Im Gebäude waren beim Eintreffen der Polizei keine Menschen mehr aufzufinden.

ART: Laut

REPRESSION: Es kam bei der Kundgebung zu mehreren Festnahmen, deren Folge einige große Anzeigen waren. Herausstechend ist dabei der Vorwurf des gemeinschaftlich Widerstands. Der erst kurz zuvor verschärfte Paragraf schien hier die erste bekannte Anwendung in Berlin zu finden. Einige der Angeklagten wurden nicht nach diesem Paragrafen verurteilt und erhielten lediglich eine Geldstrafe. Andere bekamen in erster Instanz eine Verurteilung für gemeinschaftlichen Widerstand, tätlichem Angriff und Landfriedensbruch. Die Strafen bewegten sich zwischen Geldstrafen und mehrere Monate Knast, welche in allen Fällen auf Bewährung ausgesetzt wurden. In zweiter

setzt wurden. In zweiter Instanz wurden diese Urteile teilweise reduziert (soligruppeskalitzer. noblogs.org)

EIGENTÜMER*IN: Unbekannt

#Besetzen: Schon Post bekommen?

Situation

/inter uns liegt ein Jahr der /Besetzungen. Überschattet wird dieses Jahr, in dem wir uns wenigstens für kurze Momente Freiräume erkämpfen konnten, durch massive Repression. Bis auf eine Besetzung wurden alle nach der "Berliner Linie" geräumt und unsere Freiräume wurden wieder zu weit entfernt scheinenden Träumen und Utopien. Und als ob das nicht schon genug wäre, wird nun im Nachhinein gegen uns ermittelt. Anstatt dass diejenigen, die für Leerstand, Spekulation und Wohnungsnot verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden, werden diejenigen kriminalisiert, die aus Leerstand bewohnbare Orte machen wollen. Viele von uns sind von juristischer Repression betroffen, die vor allem der Einschüchterung dienen und uns von weiteren Aktionen ablenken und abschrecken soll. Wir wollen uns nicht entmündigen und vereinzeln lassen, sondern kollektiv und solidarisch der Strafverfolgung durch die Repressionsbehörden entgegentreten.

Ein solidarische Antwort heißt auch sich gegenseitig nicht zu belasten. Daher gilt es jegliche Aussage gegenüber Bullen oder Staatsanwaltschaft konsequent zu verweigern.

Strafbefehle

Wahrscheinlich werden bald die ersten Strafbefehle bei uns eintrudeln. Schriftliche Strafbefehle sind verkürzte Urteile. Das bedeutet, dass ihr ohne mündliche Hauptverhandlung im Gericht verurteilt werdet, außer ihr legt innerhalb von zwei Wochen Einspruch ein. Wir empfehlen euch in jedem Fall, erstmal Einspruch einzulegen. Ihr müsst den Einspruch nicht begründen. Wenn ihr Einspruch eingelegt habt, bekommt ihr wahrscheinlich bald einen Brief mit einem Termin für eine Gerichtsverhandlung. Bis zur Verhandlung dauert es dann voraussichtlich noch ein paar Monate. Auch wenn ihr nicht plant in die Verhandlung zu gehen, solltet ihr trotzdem Einspruch einlegen. Den könnt ihr bis zum Prozesstermin wieder zurücknehmen und dann den Strafbefehl immer noch annehmen. Das verursacht ersteinmal nur Kosten für den Staat, nicht für euch. Durch den Einspruch gewinnt ihr Zeit, um euch in Ruhe zu überlegen, welcher Umgang zu euren Bedürfnissen passt. Wenn ihr möchtet. könnt ihr diese nutzen, um euch zu vernetzen, Anwält*innen einzuschalten oder selbst aktiv zu werden.

Prozess?

Es gibt verschiedene Wege wie wir auf juristische Repression reagieren können. Meist sind es individuelle Gründe, die darüber entscheiden was gerade geht und was nicht. Wir haben uns die Repression nicht ausgesucht. Mögliche Ziele beim Umgang mit Repression können sein:

- ★ Möglichst geringes Strafmaß, Freispruch oder Einstellung des Verfahrens
- **★** Skandalisierung

- ★ Gericht als Bühne für politische Inhalte nutzen
- **★** Empowerment
- ★ Lächerlich machen und Behinderung des Staates / Gerichts
- ★ Infos gewinnen über Polizeitaktik, Eigentürmer*in etc.

Manche dieser Ziele ergänzen sich, andere schließen sich aber auch aus. Es gibt unterschiedliche Wege diese zu erreichen:

- ★ Strafbefehl annehmen oder einen Prozess führen
- ★ Mit Anwält*in oder Laienverteidigung
- ★ Mit oder ohne Öffentlichkeit, Pressearbeit

Offensive politische Prozessführung

Wir sind eine Gruppe von Menschen, die sich dafür entschieden haben, politische Prozesse zu führen oder zu begleiten. Die Gerichtsverhandlung kann von uns genutzt werden, um die politischen Ziele von #besetzen zu verdeutlichen. Wir können die Verhandlung nutzen, um das Recht auf Eigentum an Wohnraum infrage zu stellen, indem wir unsere Argumente gegen die oft als selbstverständlich dargestellten Eigentumsverhältnisse auszudrücken. Nerven kann mensch Richter*innen, Staatsanwält*innen und Eigentümer*innen zum Beispiel durch Anträge, politische Plädoyers, persönliche Stellungnahmen und vielfältigen Aktionen im und außerhalb des Gerichtssaals. Wir wollen diese Chancen wahrnehmen, denn Gerichtsverhandlungen sind zum größ-

Wir stehen gemeinsam gegen

ten Teil öffentlich und auch für Journalist*innen und Unterstützer*innen zugänglich. Wenn wir nicht einfach den Strafbefehlen nachgeben und Strafen bezahlen, sondern politische Prozessführung wählen, wird das die Behörden und die Eigentümer-*innen mehr Arbeitszeit und Aufwand kosten. Das kann im besten Fall sogar dazu führen, dass spätere Anzeigen fallengelassen werden.

Aber unabhängig davon, ob du deinen Prozess politisch führen möchtest oder nicht: Wir finden es wichtig, dass keine*r die Repressionen alleine tragen muss.

Vernetzung

Wenn du auch im Rahmen von #besetzen von Repression betroffen bist, dann melde dich auf jeden Fall bei uns (besetzen@ riseup.net). Auch bei offenen Fragen zu den Briefen, die du bekommst, helfen wir gerne. Vor allem bei Strafbefehlen müssen wir aufpassen, weil Widerspruch gegen die Strafbefehle nur innerhalb von zwei Wochen eingelegt werden kann. Auch wenn du schon genau weißt, was du zu tun hast, sag uns bitte Bescheid, wenn du einen Strafbefehl bekommst, weil das auch für andere eine wichtige Info sein kann.

Sobald der erste Strafbefehl kommt, werden wir ein gemeinsames Treffen ankündigen, um uns nochmal auszutauschen und zu vernetzen. Wir können uns gegenseitig dabei unterstützen, den besten Weg für die*den Einzelnen zu finden. Vielleicht willst du es einfach schnell hinter dir haben oder hast nicht so viel Zeit, vielleicht willst du Offentlichkeit/ vielleicht keine, vielleicht würdest du auch gerne einen politischen Prozess führen und suchst dafür noch Unterstützung.

Egal für welchen Weg du dich am Ende entscheidest, wir stehen das gemeinsam durch. Auch entstehende Kosten wollen wir kollektiv tragen. Das Ziel ist uns zu spalten, aber unsere Waffe ist Solidarität!

Was die Antirepression betrifft können wir sagen: das hat sich gelohnt! Die gesamten Borni37b-Strafanzeigen wurden eingestellt wegen dem schon erwähnten Verfahrensfehler, einige andere Prozesse wurden geführt und viele davon eingestellt, manchmal auch erst im Berufungsprozess. Zudem konnte eine politische Message in die Gerichtssäle getragen werde, die aber, das muss man schon sagen, oft an der Ignoranz der Richter*innen abblitzte. Zu mehreren Prozessen wurden Prozessberichte geschrieben,

die sind alle auf unserem Blog (besetzen.org) nachzulesen. Die Berichte und Einschätzungen zu den Skalitzerstr. 106 - Prozessen sind auf einem eigenen Blog (soligruppeskalitzer.noblogs.org) gesammelt.

Teil der Antireparbeit war auch das Beschaffen von Geld, durch verschiedene Solipartys, Verkaufsstände und dergleichen. Dabei haben wir insgesamt über 15.000 € gesammelt. Mit diesem Geld konnten wir allen, die unsere Unterstützung angefragt haben, helfen. Wir hatten sogar noch Geld übrig, das wir an andere Projekte weitergeben konnten.

À propos Repression, auch im bundesweiten Verfassungsschutzbericht von 2018 wurde #besetzen aufgegriffen:

Verfassungsschutz Bericht

In Berlin wurde im Jahr 2018 unter dem Motto "#besetzen" eine Kampagne im Aktionsfeld "Antigentrifizierung" durchgeführt:

Ging es in den vorherigen "Protestaktionen gegen Verdrängung" in Berlin noch vorrangig um den Erhalt bestehender Objekte mit Szenebezug und symbolhafter Bedeutung, so rückte mit der Neubesetzung von leer stehenden Objekten eine weitere Modifikation in den Vordergrund. Zum Pfingstwochenende 2018 wurden erstmals unter dem Motto "#besetzen" reale Besetzungen und Scheinbesetzungen durchgeführt. Unter dem gleichen Motto wurden am 6. Oktober 2018 erneut leer stehende Objekte besetzt. Bei der polizeilichen Räumung der betroffenen Objekte kam es zu Widerstandshandlungen von Teilnehmern der Aktionen, die zum Teil dem autonomen Spektrum in Berlin zugeordnet werden konnten.

Durch die Besetzungen sollte leer stehender Wohnraum in Besitz genommen, dem Markt als Spekulationsobjekt entzogen und umgewidmet werden. Ziel der Initiatoren der Kampagne ist es nicht, dass im Sinne eines außerparlamentarischen Impulses ihre Ideen und Initiativen im politischen Raum aufgegriffen werden, sondern dass sie in den direkten Konflikt mit dem Staat eintreten, der letztlich Polizeikräfte einsetzt, um die "Interessen des Kapitals" bei Räumungen durchzusetzen. Dies wiederum bestätigt aus linksextremistischer Perspektive die Erforderlichkeit eines militanten Protests als Notwehrhandlung gegen den repressiv agierenden Staat.

Quelle: S: 117 Bundes Verfassungsschutzbericht 2018

Neue Ansätze

2019 fing an und zum 1. Januar liefen die Mietverträge von vier politischen Projekten aus, die kollektiv betrieben und/oder selbstverwaltet sind: Potse/Drugstore, Meuterei, Syndikat und Liebig34 sind jetzt räumungsbedroht. Das machte 2019 zu dem Jahr der bedrohten Projekte. Die Interkiezionale als Zusammenschluss der bedrohten Projekte wurde als Akteur wichtiger

er Frühling 2019 hieß für uns: auf zu neuen Taten! Für die nächste Besetzung wollten wir nochmals neue Strategien ausprobieren, um unser Ziel, eine öffentliche Besetzung zu halten, zu erreichen. Es wurde sich erneut für ein Objekt mit Geschichte entschieden. Diesmal aber viel bekannter als die Berlichingenstr., von der bis zur Besetzung eigentlich niemand gehört hatte. Anders die Wrangelstr. 77. der ehemalige "Bizim Bakkal'-Gemüseladen, um dessen Kampf sich eine eigene Kiez-Initiative (Bizim Kiez) gründete. Achja, und ganz "zufällig' lief die diesjährige Mietenwahnsinn-Demo (40.000 Leute groß) nur ein Block entfernt, die Schlesische Str. entlang. Das Schwenken zweier goldenen Fahnen war das angemessene Signal, mit dem sich aus der Demo ein Block löste, der anschließend den Straßenabschnitt der Wrangelstr. besetzte. Dort war der Laden schon besetzt, Sofas standen um die Ecke bereit und wurden als Barrikaden eingesetzt. Halleluja! So, Berliner Senat und eure Bullen. Was wollt ihr jetzt machen?

Letztgenannten fühlten sich offensichtlich auf den Schlips getreten. Zunächst räumten sie den Laden, unrechtmäßig, in Bullen-Alleingang und gestützt durch Lügen im Gerangel von hunderten Menschen, die sich vor dem Laden mit der Besetzung spontan solidarisiert hatten. Anschließend sprach Berlins Innensenator Andreas Geisel von "einer neuen Qualität der Gewalt" oder so ähnlich. Offensichtlich war die Staatsmacht davon überrascht, dass Menschen sich spontan gegen den Polizeieinsatz und die Räumung wehrten. Wahrscheinlich mussten auch alle Register gezogen werden, um diese Besetzung - und generell unseren Kampf für die soziale Stadt - zu delegitimieren. Die Repression folgte mit Anzeigen wegen Einbruchs, eine Hausdurchsuchung und eine Öffentlichkeitsfahndung gegen einen Teilnehmer der Kundgebung. Trotz der Räumung war es für uns eine positive Erfahrung, aus einer Großdemo heraus zu besetzen.



Mit dieser Wandzeitung sagten wir danke:

Eure Solidarität überwiegt Repression

Solidarität der Erwartungen übertroffen. Menschen anging, wurden Nachdem die Besetzung unsere Wrangelstraße zügig. Menschen kamen und stellten sich vor die öffentlich wurde, Eingänge des Hauses um zu verhindern, dass die Polizei dort eindringen konnte. Menschen kamen mit Soundsystemen, um Redebeiträge und Musik abzuspielen. Die Gewerbetreibenden und Nachbar*innen ließen Menschen auf die Toilette gehen und stellten Strom bereit. Mehrere Menschen kümmerten sich um die Anmeldung von drei Versammlungen vor Ort, Anwält*innen, Sanis, Lautis und Nachbar*innen kamen und zeigten sich solidarisch. Hinterhöfe wurden offen gehalten, Bullen zurückgedrängt. Auch zu späterer Stunden riefen Menschen noch beim EA an und informierten diesen über Festnahmen & Verletzte und kümmerten sich um die persönlichen Gegenstände derjenigen, die vor Ort

Natürlich hätte die Besetzung ohne solidarische Menschen und ohne solidarischen Kiez so nicht stattgefunden. Dabei geht es uns aber nicht darum, dass Besetzungen von Solidarität profitieren, sondern eben um das Gegenteil. In Kampf gegen Verdrängung geht es darum, genau solche solidarischen Kieze und solidarisches Miteinander zu verteidigen und weiter auszubauen. Wir besetzen um solidarische Kieze zu erhalten und sehen in besetzten Räumen die Möglichkeit, die solidarische Stadt von Unten zu stärken.

Trotz der Räumung & Polizeigewalt vor der #Wrangel77 und den dreisten Lügen im Nachgang, hat uns die Erfahrung am Samstag insgesamt gestärkt. Wir hoffen, dass es euch auch so geht.

ADRESSE: Wrangelstr. 77, 10969 Berlin

Was

DATUM: 06.04.2019

EIGENTÜMER*IN: Wrangelstr. 77 GmbH

(GF: Efrat Abuav)

AUSGANG: Am selben Tag geräumt

KONZEPT: Die Mietenwahnsinns Demo ist seit Jahren die größte Demonstration zum Thema Wohnen in Berlin, 2019 waren rund 40,000 Menschen auf der Straße. Es wurde in einer Parallelstraße ein seit vier Jahren leer stehender Gemüseladen besetzt. Der Laden war Teil des Kiezes und seine Räumung war damals von Protesten begleitet. Teile der Demo wurden vor den Laden umgeleitet und die Info auf der Demo verbreitet. Viele Menschen sammelte sich vor dem Haus und solidarisierten sich spontan mit der Besetzung. In den Räumen waren lediglich drei Personen. Es kam zu Auseinandersetzungen davor und der gewaltsamen Räumung durch die Polizei.

ART: Laut

REPRESSION: Den drei Menschen kam nur ein paar Tage später ein Brief mit der Anzeige wegen schwerem Hausfriedensbruchs zu. Das ist ungewöhnlich schnell und wohl im Zusammenhang mit der öffentlichen Kritik am Polizeieinsatz zu sehen. Diese schien den wohl illegalen Einsatz erklären zu wollen. Die Hausfriedensbruchverfahren wurden nach fast drei Jahren eingestellt.

Vor dem Haus, wo es zur Auseinandersetzung mit der Polizei kam, wurden mindestens noch zwölf weitere Personen mit unterschiedlichen Vorwürfen festgenommen. Darunter Gefangenenbefreiung, Widerstand, tätlicher Angriff und Bedrohung. Eine Person, wurde aufgrund fehlender Meldeadresse einer Haftprüfung unterzogen, dann aber nicht inhaftiert. Auf die öffentliche Kritik an dem Einsatz reagierte die Polizei mit neuen Vorwürfen, z.B. eine öffentlichen Fahndung nach einer Person, welche die Polizei angeblich mit einem Messer bedroht habe. Im Zusammenhang dieses Vorwurfs kam es auch zu einer Hausdurchsuchung durch das SEK. Zum Ausgang dieser Verfahren liegen der #besetzen Anti-Repressions AG keine Informationen vor.

In diesem Frühling liefen ja wie immer auch mehrere Sachen parallel. Es gab eine Fotoausstellung in Zusammenarbeit mit dem Umbruch-Bildarchiv, die die Brücke schlagen sollte zwischen Besetzungen in den 80er, 90ern und heute. Gleichzeigt wurde die Lage in der G17a immer brenzliger, nachdem die Verhandlungen sich in ewig neuen Runden erschöpft hatten.

AKUTERäumungsbedrohung

Liebe Mitstreiter*innen gegen Mietenwahnsinn,
Gentrifizierung, Verdrängung und Zwangsräumung und für ein Recht auf Wohnen für alle
und eine von unten bestimmte Stadt, die radikale
Entmietung von Häusern, um sie danach leichter
zu modernisieren, in Eigentumswohnungen umzuwandeln, verkaufen zu können oder abzureißen,
ist eine der brutalsten Angriffsformen auf unsere
Wohn- und Lebensverhältnisse. Deshalb hat die
Hausprojektgruppe Großbeerenstr. 17a im Bündnis
mit #besetzen am 08.09.2018 das seit acht Jahren
fast völlig entmietete Haus in der Großbeerenstr.
besetzt.

Der Eigentümer ist die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH (ASW), die der katholischen Kirche gehört. Die ASW unterschrieb nach der Besetzung einen Nutzungsvertrag für eine Wohnung und erklärte ihre Gesprächsbereitschaft zu den Forderungen der Hausprojektgruppe.

Im Februar 2019 brach die ASW die Gespräche einseitig ab und forderte die Räumung der genutzten Wohnung zunächst bis zum 31.03.2018, dann ultimativ bis zum 10.04.2019. Seit Freitag, 12.04.2019, lässt die ASW den Zugang zum Haus durch einen privaten Wachschutz kontrollieren und versuchte durch eine Zugangssperre zur Wohnung die kalte Räumung.

Wir hoffen und wissen, dass ihr unsere Forderungen seit der Besetzung auf vielfältige Weise unterstützt. Eine Form der Unterstützung soll diese Solidaritätserklärung sein. Wir hoffen, dass möglichst viele Initiativen, Projekte und Gruppen der Stadtbewegung von unten sie unterschreiben. Diese Soli-Liste soll regelmäßig ergänzt und veröffentlicht werden.

Aktuell könnt ihr uns vor allem durch Präsenz vor und im Haus unterstützen.

Danke für eure Solidarität Hausprojektgruppe G17a

Zur gleichen Zeit gibt es eine öffentliche Solidarisierung einiger Projekte mit dem Hausprojekt.

Solidarität mit der Hausprojektgruppe Großbeerenstr. 17A

/ir unterstützen die Forderung der Hausprojektgruppe G 17a nach einem für sie akzeptablen Vertrag für das Haus Großbeerenstr. 17a in Kreuzberg. [...] Wir fordern den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und den Senat von Berlin auf, die berechtigte Forderung der Hausprojektgruppe Großbeerenstr. 17a zu unterstützen und vor allem keine polizeiliche Räumung zuzulassen oder durchzuführen.

Initiative Kiezaktiv:Bockbrauerei, Initiative "Bucht für alle", Bündnis Zwangsräumung verhindern, Initiative DragoAreal für den Stadtteil und die Stadt, Nachbarschaftsinitiative Dragopolis, Initiative Gedenkort Fontanepromenade 15 e.V., Initiative Geschichtsort Januaraufstand, Blauer Dienstag für das Bunte Haus, Kiezbündnis am Kreuzberg, Kiezpalaver Schöneberg, Kiezversammlung 44 (Nord-Neukölln), Kunstblock and beyond, Netzwerk Zwangsarbeit Möckernkiez e.V., Solidarisches Wohnen in Berlin, Stadtteil- und Infoladen LUNTE, Stadtteilinitiative Wem Gehört Kreuzberg, Syndikat – selbstverwaltete Kiezkneipe aus Nord-Neukölln

Wohnen heißt Bleiben - Eigenbedarf kennt keine Kündigung

Viele Nachbar*innen und Unterstützer*innen mit Einzelunterschrift

Und nun gab es ein neues Kampffeld:

Die Rummelsburger Bucht

nlass war der Verkauf von ¹städtischen Flächen an Immobilienspekulant*innen, die dort, oh Wunder, Eigentumswohnungen bauen wollen. Wir hatten eigentlich gedacht, dass der Ausverkauf von städtischen Flächen ein Hobby des vorletzten Jahrzehnts war. Die für den Bauantrag Verantwortlichen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg schien die Sache insgesamt auch heikel zu sein, und beschlossen die (eigentlich öffentliche) Versammlung der BVV diesmal hinter geschlossenen Türen abzuhalten. This is what democracy looks like anno 2019! Mehr Infos dazu gibts wieder auf unserem Blog (besetzen.org).

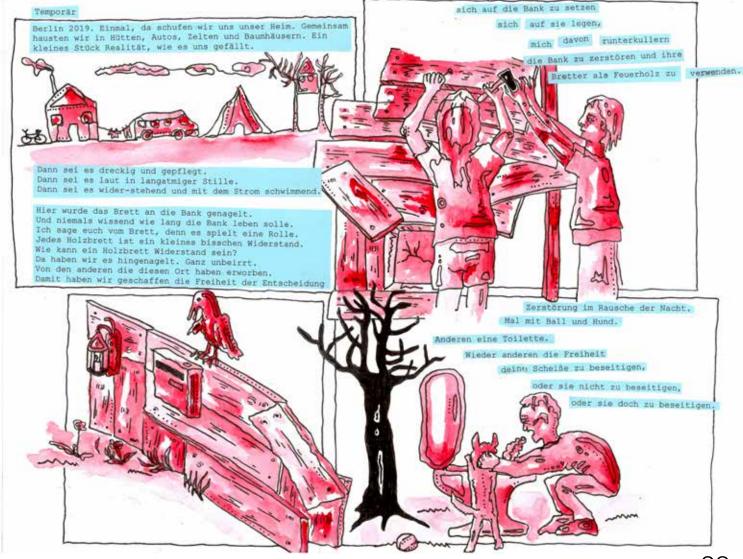
Die praktische Antwort war die Besetzung des verkauften Grundstücks durch die Wagengruppe DieselA, am 25.5.2019. Was als Protestaktion geplant war wurde zur dauerhaften Besetzung. Damit gab es nun zwei öffentlich besetzte Orte in Berlin. Das war leider nur von kurzer Dauer.

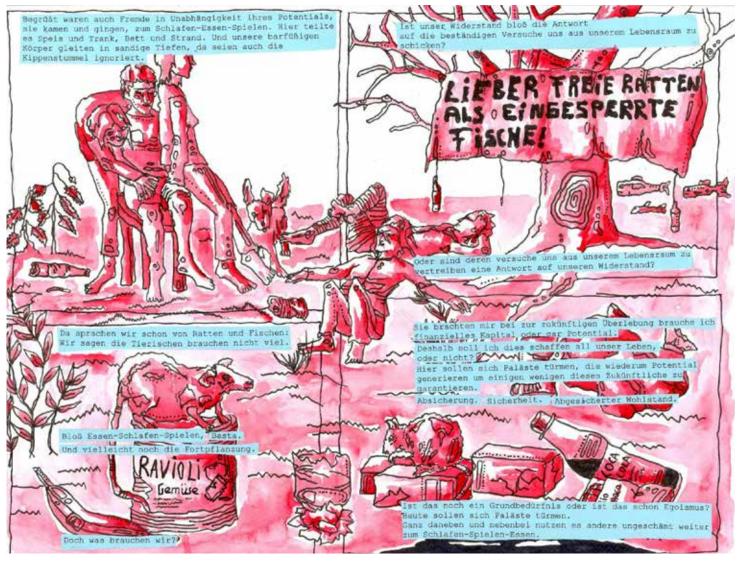
Räumung der G17A

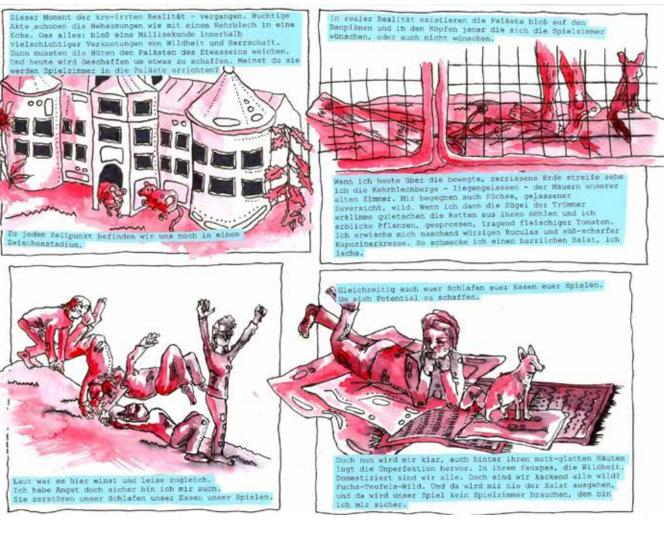
Gerade an dem Abend, als neben dem neuen Wagenplatz am Ostkreuz der neue Kiezraum "Widerstrand" eröffnet wurde, eskalierte die Lage bei der G17A. Nach Meinung der ASW befanden sich an diesem Abend zu viele Menschen in den Räumen, deren Zugang nun schon seit längerer Zeit durch Securities beschränkt wurde. Es gab auch einen öffentlichen Aufruf zum vorbei kommen, was der ASW gar nicht gefiehl. Die Polizei wurde gerufen und eine Räumung wurde eingeleitet. Es konnte sich zwar darauf geeinigt werden, dass die Besetzer*-

innen ohne Personalienfeststellung gehen durften, aber die Wohnung stand seitdem wieder leer.

Am Ostkreuz fing es, gerade erst an. Als DieselA in September weiter zog, wurde der Platz geöffnet und gab sich den Namen ,SabotGarten'. Für fast ein Jahr sollte es diesen besetzen Wagenplatz geben - Zufluchtsort für die verschiedensten Menschen und ein Ort des Austauschs mit jenen, die seit Jahren die Rummelsburger Bucht besetzten: die Zeltstadt, etwas nördlicher. Es war uns wichtig das Lebensgefühl einzufangen, das aus Besetzungen heraus entstehen kann: eine Eigendynamik, die in der G17a schon spürbar wurde, wurde auf dem SabotGarten überwältigend.









"Tu Mal Wat!"

Die TuMalWat-Tage: schon mal was von gehört? Naja, wenn nicht, auch nicht schlimm. War halt der Versuch, die verschiedensten stadtpolitischen Kämpfe in Berlin zu verbinden.

Wo es im Aufruf noch etwas vage hieß "Diskussionsrunden, Workshops, Filmabende und Soliparties mit handfester Praxis zu kombinieren", beschlossen wir dieses mal eine Besetzung mit Ansage und Personalienverweigerung zu machen. Es kam nie zum Testfall. Anders lief es jedoch für die Besetzer*innen der VillA54. Von den elf dort Festgenommenen kamen am Ende vier Leute ohne Personalienfeststellung raus, wogegen es mit Primbo den ersten Fall einer U-Haft im Kontext von #besetzen-Aktionen gab.





ADRESSE: Landsberger Allee 54,

10249 Berlin

EIGENTÜMER*IN: Investa

DATUM: 28.09.2019

AUSGANG: Am selben Tag geräumt

KONZEPT: Im Rahmen der
Tu-Mal-Wat-Aktionstage in Berlin hat
eine Kleingruppe von nahezu ausschließlich FLINTA*-Personen sieben
Jahre leer stehendes Haus besetzt.
Das Haus sollte vor allem als Schutzraum für Menschen marginalisierter
Gruppen fungieren. Eine konkrete
Maßnahme um einen save-space für
FLINTA*-Personen zu schaffen, war
die Idee, dass die obere Etage nicht
von cis Männern betreten werden
sollte. Aber auch für weitere Konzepte
sollte der Raum offen sein.

ART: Laut

REPRESSION: Acht Personen haben Tatvorwürfen wie gemeinschaftlicher Widerstand und Hausfriedensbruch erhalten. Eine Person (Primbo) war für fast zwei Wochen in U-Haft, weil sie sich weigerte die Personlien anzugeben. Letzlich wurde sie über ein mehrere Jahre altes Foto aus einem anderen Bundesland identifiziert. Die Prozesse wurden bereits Anfang 2020 geführt, mit Kundgebungen begleitet und endeten mit geringfügigen Geldstrafen.

ADRESSE: Frankfurter Allee 187, 10365 Berlin

EIGENTÜMER*IN: Land Berlin

DATUM: 28.09.2019

AUSGANG: In der Nacht selbstständig verlassen

KONZEPT: Mehr als einen Monat vor der Besetzung wurde diese ohne Ortsangabe öffentlich angekündig. Die Besetzung war Teil der #TuMalWat Aktionstage. Es wurde durch Aktionstrainings und Infos vorab versucht Leute darauf vorzubereiten mit ins Haus zu kommen. Weiter wurde angekündigt die Personalien zu verweigern um die Aktion anonym durch zu führen. Von öffentlichen und geheimen Vortreffpunkten strömten die Menschen zum Haus. Im Laufe des Tages beteiligten sich insgesamt ca 400 Menschen an der Aktion. Mindestes 80 Menschen waren im Haus. Es kam zu einem massiven Polizeiaufgebot und Verhandlungen mit dem städtischen Immobiliendienstleister. Diese führten zu einer Duldung bis zum nächsten Tag um 15 Uhr. Nur unter der Bedingung das Haus bis zu diesem Zeitpunkt zu verlassen, sollten die Verhandlungen weiter gehen. Die Polizei machte klar, das sie trotz der Duldung nicht zulassen würde, dass Schlafsäcke, Essen usw. ins Haus kommen. Unter diesen Bedingungen entschieden die Besetzer*innen sich dazu das Haus selbsständig zu verlassen.

REPRESSION: Alle Menschen, die im Haus waren konnten straffrei gehen. Es kam jedoch am gleichen Abend noch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zwei Personen wurden in Polizeigewahrsam körperlicher und psychischer Gewalt ausgesetzt und später angezeigt.

DAS GEBÄUDE JETZT: Steht weiterhin leer.

Frankfurter Allee 187 (TuMalWat)

Besetzung, Kritik, Auswertung

Tür die Besetzung während der TuMalWat-Aktionstage überlegten wir uns einiges neu. Zum einen hatten wir uns entschieden, dazu aufzurufen, die Personalien zu verweigern im Falle einer Räumung. Da in unseren vielen Gesprächen mit anderen Menschen Repression immer wieder eine Hürde darstellte, wollten wir mit dem Weg der Identitätsverweigerung austesten, ob so Repression kollektiv vermeidbar blieb. Vielleicht kennt ihr diese Taktik schon von EndeGelände. Dort verweigern so viele Menschen ihre Identitätsfreigabe, dass sie oft ohne jegliche Konsequenzen frei gelassen werden. Berliner Anwält*innen rieten uns von der Strategie ab, da sie meinten, dass die Berliner Cops die Kapazitäten haben um mehrer hunderte Menschen in Gewahrsam zu nehmen und eine ED-Behandlung durchzuführen und so der Erfolg der Taktik stark gemindert wäre. Trotz dieser

Chronik & Auswertung der Aktionstage

36seitige Auswertung der Interkiezionale Berlin als Download unter https://interkiezionale.noblogs.org/ post/2020/05/28/tu-mal-wataktionstage-nachbereitung/

Bedenken hielten wir an dem Vorhaben fest. Um so überraschter waren wir. dass die Mehrheit der über 90 Personen die mit uns ins Haus kamen, sich dafür entschieden hatten, ihre Identität im Falle einer Räumung/Festnahme nicht Preis zu geben.

Zum anderen kündigten wir die Besetzung im Voraus öffentlich an. Ziel war, dass mehr Menschen an der Besetzung teilnehmen könnten. Die Öffentlichmachung hatte den Effekt, dass an den Tagen vor der Besetzung vermehrt Sicherheitsdienste in privaten und öffentlichen Gebäuden anzutreffen waren. Es gab mehrere Gebäude, die wir bereits Wochen vorher gescoutet, geöffnet und mit neuen Schlössern ausgestattet hatten. Diese flogen nun nach und nach auf und so viel es letzendlich auf unsere letzte Wahl, das Haus in der Frankfurter Allee, Großer Nachteil hier war, dass das Gebäude in einem Rohbauzustand war (kein Strom, kein Wasser, keine Toiletten, keine Heizung). Die Aktion litt darunter, dass uns eine Grundausstattung fehlte um uns in einem Rohbau länger aufzuhalten.

Außerdem hatten wir Vortreffpunkte veröffentlicht, um sich der Aktion anzuschließen. Die Umsetzung dieser Idee klappte gut. Wir hatten drei Vortreffpunkte angegeben, von denen Meschen an einen zweiten Ort geschickt wurden, von wo sie die Adresse der Besetzung bekamen. Mit Eintreffen der Menschen besetzten wir das Gebäude. Neben den etwa 90 Menschen im Haus waren so

von Anfang an mehrere hunderte Menschen vor Ort, einige bildeten Barrikaden im Hinterhof und Blockaden an den Einfahrtstoren des Geländes.

Die aufwändige Planung der Besetzung war ein Kraftakt der sich zum Teil auszahlte. An die 60 Menschen waren insgesamt in Strukturaufgaben eingebunden und so schafften wir es, besser als sonst vor Ort aufgestellt zu sein - mehr Menschen als sonst drinnen, mehr Menschen als sonst in Blockaden und Menschen die eigeninitiativ Barrikaden bauten.

Dennoch, von unsere Idealvorstellung einer Menschenmasse die das Haus flutete blieben wir weit entfernt. Und so stellte sich sehr schnell die übliche Situation her, in der die Cops die Situation komplett unter Kontrolle hatten. Niemand kam rein oder raus. Bis auf zwei kleine Blockaden blieben die Unterstützer*innen in einer passiven Rolle des Zuschauens, auch wenn die emotionale Unterstützung durch Slogans nicht zu unterschätzen ist. Drinnen gerieten die Besetzer*innen in eine Dauerschleife an Diksussionen durch die wechselnde Position der Eigentümerin. Auch wenn die Eigentümerin sich offen zeigte für Diskussionen, hieß es, dass am nächsten Tag geräumt werden sollte. Gegen 1 Uhr morgens verließen die Besetzer-*innen das Gebäude.In der Nachberetitung erntete es Kritik und Unverständnis, sodass wir hier kurz eingehen wollen auf die Probleme, die in dem Ablauf der Aktion sichtbar wurden:

Körperliche Überlastung und Stress hatten den Effekt, dass nicht nur die #besetzen Struktur sondern auch viele andere Besetzer*innen an ihre körperlichen Grenzen stießen. Im Lauf der anstrengenden Diskussionen fühlten sich immer mehr unfähig an den Diskussionen



drinnen teilzunehmen und zogen sich zurück. Gleichzeitig gab es nicht wirklich Schlafmöglichkeiten. Diese körperliche Belastung führte dazu bei, dass die Motivation, im Haus zu bleiben, sank.

Die Moral oder Stimmung: Je später der Abend, desto weniger Menschen waren anwesend. Die Anzahl an Besetzer*innen schrumpfte über den Tag hinweg auf etwa 20 Personen. Ab etwa 23 Uhr waren draußen kaum noch Menschen vor Ort und etwa gegen 24 Uhr löste sich draußen die letzte Blockade auf. Auch gab es kaum Möglichkeit Infos von draußen zu bekommen - außer über ein Telefon, um so einen Eindruck über die Unterstützung zu gewinnen. Insgesamt trug dies zu einer negativen Wahrnehmung der Situation und letzendlich zu einer Entmoralisierung bei. Viele der Besetzer*innen waren zum Ende nicht mehr motiviert drinnen zu bleiben - beziehungsweise sahen keinen Sinn darin. Sich nochmal räumen lassen, dass hatten wir bereits hinter uns. Sicherlich gab es drinnen für andere Menschen auch andere Gründe das Haus verlassen zu wollen, wie zum Beispiel die Androhung von Repression. Da allerdings von vornherein eine sehr kämpferische Stimmung enstand, was die Identitätsverweigerung anging, ist unsere Analyse, dass für den Großteil derjenigen die das Haus verlassen wollten Zweifel bestanden, dass duch eine weitere Räumung und die dadurch enstehende Repression politisch etwas gewonnen wäre.

Am Ende gelang es der Struktur nicht, sich selbst und große Teil vom Rest davon zu überzeugen, weiter drinnen zu bleiben. Die #besetzen-Struktur draußen war sich nicht im klaren über die Stimmung drinnen und wirkte so auch nicht darauf ein, dass die Moral/Stimmung sich so drehte, dass mehr Menschen drinnen bleiben wollten. Das zeigt sich auch daran, dass für die Struktur draußen bis zum Ende die Beweggründe fürs Rausgehen nicht klar waren (trotz Telefonkontakt). Auch konnten die Besetzer*innen, die bis zum Ende motiviert waren drinnen zu bleiben, den Rest nicht vom Bleiben überzeugen.

Hierarchien und Pfadabhängigkeiten führten dazu, dass auch diejenigen die sich eigentlich entschlossen hatten drinnen zu bleiben, mit raus kamen. Es gab den Wunsch kollektiv rauszugehen und der Teil der gehen wollte übte Druck auf den Rest aus, eine Entscheidung zu treffen. Diejenigen, die drinnen bleiben wollten waren damit konfrontiert, (überwiegend) kein Wissen über Strukturen und Ressourcen zu haben. Sie wussten nicht, wie wir organisiert waren und dass draußen ein ganzes Team an Menschen war, welches Versammlungen anmeldete und bespielte, Essen kochte, twitterte und auf die sie angewiesen waren. Wir hatten als Organisator*innen nie besprochen, wie viel interne Struktur wir anderen Besetzer*innen gegenüber offenlegen wollten. Letzendlich führte dies zur Unfähigkeit, diejenigen, die Drinnen bleiben wollten, einzuweisen und alles zu überlassen.

Gleichzeitig wollen wir hier das Rausgehen auch nicht als eine falsche Entscheidung darstellen. Ob Räumung oder Verlassen, am Ende waren wir so oder so ohne Haus und wieder vor die Frage gestellt - wie können wir so viel politischen Druck aufbauen, so dass nicht geräumt wird? Einige die zum ersten Mal mit uns besetzten, fanden es politisch sinnvoll, sich räumen zu lassen. Sie bewerteten daher das verlassen als Misserfola und kritisierten die Struktur für den Verlauf der Besetzung. Teile der #besetzen-Struktur bewerteten die Besetzung insgesamt als Misserfolg, da es wieder nicht geschafft wurde, das Gebäude zu halten, unabhängig davon, ob eins sich hätte räumen lassen oder das Gebäude verlässt.

Aus dem Haus zu gehen führte auch dazu, dass niemand unmittelbar Repression zu spüren kam. Dennoch ist zu erwähnen, dass die Anti-Terror-Einheit aus Blumberg während der Besetzung vor Ort war. Außerdem wurden an dem Abend im Umfeld der Räumung (zusätzlich zu den Festnahmen von anderen Aktionen) noch zwei Menschen festgenommen. Einige der Menschen in Gewahrsam wurden in der Nacht physisch und psychisch misshandelt.

Die TuMalWat-Tage waren tatsächlich vier Tage voller vereinter Kämpfe. Eine zusammenfassende Darstellung inklusive einer Auswertung des Organisationskreises findet ihr in der TuMalWat-Broschüre. Mit der Debatte zur Nutzung von Twitter hätten wir da auch einen Punkt, der direkt #besetzen berührt. Und ja, wenn wir schon wissen: never trust a cop, never trust a politician, müssen wir dann noch sagen: never trust 1 von der Politik bestellter Geschäftsführer eines städtischen Unternehmens. Es gab Verhandlungen - insoweit wurde das Versprechen gehalten. Was den Rest anbetrifft gibt folgender Text einen Überblick über die Frust und das Unverständnis bei den Verhandlungen mit dem Land bzw. der beauftragten BIM (Berliner Immobilien Management).

Vom Verhandeln...

Nach der Besetzung blieb der Leerstand

Is am Abend des 28.09.2019 die Besetzung der Frankfurter Allee 187 aus freien Stücken beendet wurde, stand nicht nur die Straffreiheit für die Besetzer*innen im Raum, sondern auch eine Überlassung des Gebäudes oder zumindest "ernstgemeinte Verhandlungen" darüber seitens der Berliner Vermögensverwaltung BIM. Das landeseigne Berliner Immobilien Management wollte mit den Besetzer*innen tatsächlich verhandeln. Einerseits weil so die Besetzung und die für alle extrem stressige Situation an dem Abend in gegenseitigem Einvernehmen beendet werden konnte, andererseits aber auch weil die BIM vom links dominierten Berliner Senat den Auftrag hatte, keine weiteren Skandale mit spekulativen Leerstand in Landeshand zu verursachen. Vielmehr sollte die BIM wohlwollend Zwischennutzungen möglich machen, um der Kritik an der Liegenschaftspolitik die Argumente zu nehmen.

Hier trafen sich das Besetzer-*innen-Bedürfnis nach einem (wenn auch nur temporären) Sozialen Zentrum im Ortsteil Lichtenberg und das Bedürfnis des Senats die eigene sozialpolitische Agenda herauszustellen. Eigentlich gute Bedingungen für eine Einigung, die am Ende doch nicht zu stand kam. Vorgeschoben wurde eine angeblich bundespolitische Relevanz des Objekts. Der Stand bei Abbruch der Verhandlungen im Februar 2020 war, dass das Objekt an den Bund übertragen werde, um es zusammen mit anderen angrenzenden Gebäuden abzureißen und einen neuen Archivbau für die Stasi-Unterlagenbehörde zu errichten. Diesem Projekt wollte sich keine Landespolitiker*innen in den Weg stellen. Mit dem Stand von heute (April 2022) wurde nichts von dem umgesetzt. Der Bundestag hat keine Gelder für einen Neubau bewilligt, wohl aber beschlossen die Stasiunterlagen zu zentralisieren. Der Leerstand in der

Frankfurter Allee 187 bleibt, die Secruity wurde erhöht und die Türen vernagelt.

Das Wechselspiel aus Verhandlungsbereitschaft und vorgetäuschter Sympathie bei gleichzeitigen Hinhaltemanövern und strategischen Lügen ist mustergültig für Verhandlungen mit Eigentümer*innen. Die letztliche Verantwortungsübertragung (hier an höhere Stellen) kommt den Sachzwängen (z.B. behördliche Auflagen) gleich, die sonst zum Abbruch solcher Verhandlungen führen. Aufgrund der Übertragbarkeit dokumentieren hier nochmal die wichtigsten Meilensteine im Fall Frankfurter Allee 187.

Drei Tage nach der Besetzung fand das erste Gespräch statt um den Rahmen von Verhandlungen festzulegen. Dem folgte eine Begehung mit Expert*innen von beiden Seiten, um über die baufällige Substanz des Gebäudes zu sprechen, die eine Nutzung nur unter bestimmten

Von Köln nach Hamburg bis Freiburg...

Ir behaupten jetzt mal was:
es gab in den letzten drei
Jahren keinen größeren Ort in
diesem Land, wo nicht mindestens eine Hausbesetzung
stattgefunden hat. Stimmt's?
Wir wissen es wirklich nicht,
aber sagen wir mal: im Zweifel
für den Angeklagten! Deshalb
gibt's wirklich keinen Grund immer nur von Berlin, Berlin, Berlin
zu reden! Hier eine Auswahl von
Sachen die uns mit beeinflusst
haben:

In Köln war in den letzten Jahren so einiges los. Am 29.07.2019 wurde ein Gebäude der Deutschen Bahn an der Vogelsangerstr. 230 besetzt. Am 11.11.2019 wurde in Köln-Nippes ein Haus besetzt, weil auch da, oh wunder, der bezahlbare Wohnraum fehlt. Gleich Anfang 2020 wurde dann am Großmarkt von Menschen ohne Obdach ein Haus besetzt: Stand Februar 2021: "Das Haus ist seit einem Jahr BESETZT." Interessant auch in dem Fall, dass die für den 25.06.2020 angekündigte Räumung aus "Deeskalationsgründen" abgeblasen wurde.

"Verschiedene Gruppierungen und polizeibekannte Einzelpersonen aus Köln und aus anderen Regionen der Bundesrepublik folgten einem Aufruf, sich vor Ort der Besetzung anzuschließen und eine Räumung zu verhindern." Wow! Kann der nächste Bürgermeister von Berlin bitte aus Köln kommen? Wir nehmen auch den Prinz Karneval!

Außerdem gab es aus Köln große Solidarität mit der Besetzung der G17a. Denn die 'Aachener Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH' ist ein kirchliches Unternehmen

Bedingungen und nur im Erdgeschoss möglich machen würden. Zwei Wochen später fand eine öffentliche Verhandlung in einem Stadtteilzentrum statt. Hier gab die BIM sich milde und signalisierte, dass sie das Gebäude gern zur Nutzung freigäbe, wenn denn Brandschutz und andere nötige baurechtlichen Genehmigungen vorlägen. Im Raum stand ein auf einige Jahre befristeter Nutzungsvertrag zu einer symbolischen Miete und die Übernahme aller Kosten der Nutzbarmachung sowie der Betriebskosten. Zum Zeichen des guten Willen wurde eine Vollmacht überreicht, die es den Besetzer*innen (hier ein Verein als Vertreter des Interessen) ermöglichte im Namen der BIM Anträge zu stellen und Einsicht in Unterlagen des Bauarchivs zu nehmen.

Parallel lief ein Prozess mit der Nachbar*innenschaft, um Bedarfe abzufragen und konkrete Planungen für das Erdgeschoss zu erarbeiten. Außerdem wurde sich mit Lokalpolitiker*innen getroffen und die bezirklichen Entscheidungsstrukturen (z.B. Stadtplanungsamt) auf die bald kommenden Bauanträge eingestimmt um die nötigen Genehmigungen vorzubereiten. Nutzungskonzepte wurden geschrieben, ein Statut zur Zusammenarbeit unter den

Beteiligten abgestimmt, Daten über das Gebäude eingeholt, Architekt*innen angeheuert und die Finanzierung geklärt. Die Presse berichtete wohlwollend und sah das soziale Zentrum schon nahezu umgesetzt. Doch je mehr Aufmerksamkeit das Projekt auf sich zog, desto dringlicher schien es dem Land Berlin zu sein endlich eine eigene Nutzungsperspektive für das Gebäude in die Öffentlichkeit zu bringen. Ende Januar 2020 wurde die Verhandlungsgruppe zur BIM bestellt und unumwunden mitgeteilt, dass das Haus bald nicht mehr in ihrer Verantwortung läge und man weitere Verhandlungen mit der BIMA (Bundesimmobilienanstalt) zu führen habe. Gleichzeitig wurde signalisiert, dass gern mit konkreten Flächenanfragen an den Senat herangetreten werden kann (aber nur ohne vorherige Besetzung). Die Rückfrage bei der BIMA ergab, dass die vom Land Berlin vorgetragene Zukunftsprognose nur dazu da war, uns loszuwerden. Sie beabsichtigen nichts dergleichen zu tun. Also wurden die Bemühungen um das Haus weiter fortgesetzt. Eine erneute Begehung im Februar wurde genutzt um die Presse mit einzuladen und die Hinhaltetaktik des Landes offenzulegen. Ziel war es das Land zu zwingen das Gebäude zu behalten und einer sozialen Nutzung

zu übergeben. Erst ein längeres Gespräch im Stadtplanungsamt Lichtenberg und ein Telefonat Ende Februar machte uns deutlich, dass es keine Chance mehr gab die nötigen (Bau-) Genehmigungen zur Nutzung zu bekommen. Die wären die Basis eines Vertrags mit der BIM oder BIMA gewesen. Die Behördenleiter* gab unumwunden zu, dass er zwar Genehmigung erteilen könnte aber den anstehenden Plänen des Bundes, die wohl weit fortgeschritten seien, als kleinstes Glied in der Kette, nicht im Weg stehen werde. Und plötzlich kam Corona und damit auch das Ende der Möglichkeiten sich zu Treffen, den Prozess mit der Nachbar*innenschaft fortzuführen und politisch weiter Druck aufzubauen. Aber auch ohne Pandemie gab es schon Absatzbewegungen, weil die Durchsetzbarkeit - trotz viel Partizipation, Know How, umfänglicher Finanzierung und öffentlicher Meinung auf unserer Seite - nicht mehr realistisch erschien.

> Verhandlungsgruppe Frankfurter Allee 187

Und ja, falls ihr euch fragt: Die Frankfurter Allee 187 wurde nicht abgerissen, steht weiterhin leer und wartet auf selbstbestimmte Benutzer*innen!

Dresden, Leipzig, Aachen, Tübingen...

mit Hauptsitz in der Stadt der Erzbischöfe. Vielen Dank für den Support!

In Freiburg fanden von 18. bis 29.10.2019 die squatting days statt, gut organisiert und natürlich mit Besetzungen! Und außerdem sehr gut dokumentiert, und zwar auf dieser Webseite: diewg.noblogs.org. Auch in Freiburg gibt es eine "Häuserkampfsprechstunde"!

In Hamburg wurde am 04.05.2019 ein Haus aus einer Demo heraus besetzt. Es wurde dann ein Sommer der Besetzungen angekündigt.

Dass dieser kurzerhand nach <u>Dresden</u> verlegt wurde, konnte niemand ahnen. Dort hat sich jedenfalls eine stabile Kampagne das Thema Besetzungen unter die Nägel gerissen. ,Putzi', Tannenstr. und Basteiplatz... vergessen wir was? Hier ist es alles nachzulesen: <u>wirbesetzendresden.blackblogs.org</u> Und, kleiner Teaser: alle Zeichen stehen danach, dass es dort bald nicht vorbei sein wird!

Auch in <u>Leipzig</u> gründete sich #LeipzigBesetzen (leipzigbesetzen.noblogs.org), mit denen seit 2020 mehrere Besetzungen in Leipzig stattfanden.

Weitere Besetzungen, von denen wir wissen, gab es in Aachen, Tübingen, Heslach und Marburg. Und natürlich die ganze Zeit und immer wieder in den Dörfern um die Tagebaue am Hambacher Forst und in der Lausitz. Keep it going!

In Corona-Zeiten

\as Jahr 2019 geht zu Ende und mit den angekündigten Räumungen lief das damals noch nicht so richtig. Dafür gab es jede Menge Strafbefehle für uns - deshalb unsere vorläufig letzte Soliparty, im Aboutblank im Februar 2020. Auch im Februar begannen die Eigentümer von SabotGarten mit einer Offensive gegen die Bewohner-*innen. Eine Razzia durch die Bullen und danach eine Dauerbelagerung mit Securities, die jeden emphatischen Menschen wirklich an den Rand des Wahnsinns - und manchmal darüber hinaus - brachte. Anfang April waren sich die Secus und Bullen nicht zu schade, die letzten ausharrenden Leuten - mitten in der ersten Coronawelle vom Platz zu schmeißen.

Es heißt ja oft: die Coronapandemie macht keine neue Ungerechtigkeit auf, sie verstärkt die bestehenden Ungerechtigkeiten nur. Und ja, das gilt für alle Kämpfe und somit auch für den Kampf um Wohnraum und die soziale Stadt. Von Freiburg bis Berlin ist die Analyse hier klar: die beste Schutz gegen das Virus ist eine Wohnung. Dagegen hat #stayathome zu rufen und dabei die auf der Straße lebenden Leuten vor geschlossenen Einrichtungen erfrieren zu lassen, nix mit Solidarität zu tun. Wie macht man aber politischen Aktivismus, wenn Menschenversammlungen gerade schlecht sind? #besetzen live war unsere Antwort darauf. Und da es ja Quatsch ist, über Videos bloß zu erzählen, schaut sie euch am besten selber auf unserem Blog (besetzen.org) an.



Da in der Pandemiezeit auch die Zeit für Reflektion ermöglichte, haben wir ein Fazit über unsere zwei aktiven Jahre in der #besetzen Kampagne erarbeitet. Während wir uns umorientierten, ließen die nächsten Besetzungen in Berlin nicht lange auf sich warten. Zum Beispiel fanden Besetzungen durch Jugendliche statt, die sich als jugendbesetzt organisierten (jugendbesetzt.blackblogs.org) oder die Besetzung des Drago-

naer Areals in Solidarität mit der Potse am 28.06.2020.





ADRESSE: Berlichingenstr. 12, Wöhlertstr. 21 und verschiedene, nicht öffentliche Adressen

DATUM: 28.03.2020

AUSGANG: Mindestens eine Wohnung wurde über einen längeren Zeitraum bewohnt

KONZEPT: Es wurden Wohnungen still besetzt, um diese Menschen zur Verfügung zu stellen, die diese dringend benötigen. Die Aktion fand am Anfang der Corona Pandemie statt, mit dem Hintergrund das es gerade zu dieser Zeit wichtig ist das alle Zugang zu Wohnraum haben. Die Aktionen wurden über mehrere Stunden gestreamt, mit live Berichten aus den Häusern.

ART: Stille und Scheinbesetzungen

REPRESSION: Keine

EIGENTÜMER*INNEN

Unterschiedliche Unbekannte

Zwei Jahre #besetzen #warum?

Warum besetzen?

Unsere Gründe zu besetzen waren immer verknüpft mit einer Perspektive auf selbstverwaltete Räume und deren Verdrängung. Gleichzeitig herrscht(e) in Berlin in unserer Wahrnehmung eine Perspektivlosigkeit bezogen auf die Praxis des Besetzens. Wir wollen kurz darauf eingehen und ein bisschen auf der theoretischen Ebene erklären, warum besetzen als Praxis wichtig ist:

1. Eigentum praktisch in Frage stellen:

Besetzen ist eine Form von direkter Aktion, die das Recht auf Eigentum als Prinzip in Frage stellt. Leerstand zu besetzen zeigt auf, dass Räume für alle da sein sollten, und nicht für die Profite Einzelner. So darf es nicht die Eigentümer*in sein, die entscheidet, was mit einem leeren Haus passiert. Stattdessen sollte die Nutzung von Gebäudem einem anderen Prinzip folgen, in dem sie sich den Bedarfen der Bevölkerung unterordnet. Die Praxis hebelt das Recht auf Eigentum in dem besetzen Raum aus und verwirklicht direkt ein anderes Prinzip von Nutzung.

2. Kritk an Eigentum sichtbar machen:

Da viele Besetzungen in Berlin unmittelbar geräumt werden, hat sich über die Jahrzehnte die Einstellung verfestigt, dass Besetzen (im Herzen der Bestie) keinen Sinn macht. Dabei hat eine öffentlich gemachte Besetzung auch bei schneller Räumung noch politisches Potenzial. So schafft die Aktionsform eine Möglichkeit, um über das Prinzip von Eigentum in der Öffentlichkeit zu sprechen. Eine Besetzung macht sichtbar, dass Leerstand in Zeiten von Wohnungslosigkeit besteht. Im Falle der Räumung wird zusätzlich sichtbar, dass der Staat eine essentielle Rolle darin spielt, die Interessen von Eigentümer*innen zu schützen. So ensteht die Möglichkeit, nicht allein einzelne Eigentümer*innen zu kritisieren, sondern das System von Eigentum als solches zu kritisieren.

3. Bewegung braucht Räume!

Besetzen ist also eine Praxis, die aufzeigt, wogegen wir sind – das Recht auf Eigentum. Jedoch ist mit Besetzungen auch die Frage verknüpft, wofür wir sind. Hier liegt besonderes Potenzial in der Praxis, denn es ist innnerhalb von besetzten Räumen, dass wir versuchen können über das Bestehende hinaus zu gehen. Dabei geht es nicht nur um die Notwendigkeit von Wohnraum, sondern auch um die nach Räumen für einen sozialen, kulturellen und politischen Austausch abseits von staatlich-reglementierten und/oder kommerziellen Räumen.

Der Ursprung autonomer Politik ist die Überzeugung, dass wir im Hier eine andere Welt schaffen können. Der Weg ist das Ziel, und so versuchen wir Orte zu schaffen, in denen wir das System in Frage stellen können und von denen aus wir es angreifen können. Denn gerade in diesen Orten kann eine andere Gesellschaftsordnung überhaupt imaginiert und für sie gekämpft werden. Dieser Ansatz autonomer Politik stellt die Mittel von politischer Praxis in den Vordergrund: es ist dadurch, dass wir im Jetzt versuchen andere Zustände aufzubauen, dass wir den Kampf gegen das herrschende System vorantreiben.

In der Behauptung, besetzen macht keinen Sinn, steckt uns zu viel Realpolitik. Es stimmt natürlich, dass es schwer bis unmöglich wirkt, besetzte Räume in einer Stadt wie Berlin zu halten. Jedoch dürfen wir unsere Politik nicht auschließlich danach ausrichten, ob sie sofortige Erfolge hat. In unserer Praxis steckt häufig, dass Unmögliche zu versuchen, eben deswegen, weil wir Machtverhältnisse nicht nur anprangern, sondern verschieben wollen. Das ist eine große Herausforderung, aber wenn wir es nicht einmal versuchen, sind unsere Aussichten sicherlich noch schlechter. Daher sollten wir uns nicht so leicht entmutigen lassen!

So viel zu den theoretischen Hintergründen die wir in der Praxis sehen. Zum Ende des Textes gehen wir darauf nocheinmal ein. Die folgenden Abschnitte zeigen eher auf, was sich unsere Strategie und Praxis über die Monate entwickelte, um danach ein Fazit zu ziehen.

I: Der Frühling der Besetzungen - Bornsdorfer Str. 37b

Es gab für die Besetzung der #Borni37b grobe Vorstellungen, das Gebäude sowohl als Wohnraum als auch öffentlich zu benutzen. Wunsch war es, einen Raum zu schaffen der nicht nur für die "Szene" da ist (von der wir uns als Teil sehen). Stattdessen sollten durch eine offenere Gestaltung die typischen Ausschlussmechanismen aufgebrochen werden. Darüber hinaus sahen wir es nicht für notwendig, klarere Vorstellungen zu fomulieren, sondern sahen hier auch den Weg als das Ziel – die sozialen und politischen Prozesse die im Rahmen einer Besetzung entstehen waren für uns an sich von politischem Wert.

In unserer Herangehensweise, zu besetzen, waren wir beeinflusst von den jüngsten Besetzungen in Berlin durch die Refugee-Bewegung, den Besetzungsversuchen der "social centre 4 all"-Kampagne (SC4A), der Besetzung an der Humboldt-Universität und der Besetzung der Teppichfabrik. Hier ist es uns wichtig zu erwähnen, dass unsere Erfahrungen in einigen dieser Besetzungen uns erst das Selbstbewusstsein gegeben haben, selbst zu besetzen. So unterschiedlich die Ansätze, so verschieden nahmen wir auch die Schwächen und Stärken dieser vorherigen Besetzungen war und leiteten daraus unsere eigene Herangehensweise ab. Damit wollen wir andere Strategien nicht abwerten.

- 1. Es gab kein besonders ausgearbeitetes Nutzungskonzept: Wir wollten die Räume von vornherein nie alleine nutzen und hatten daher den Plan, die Nutzung dann im Kollektiv mit anderen Menschen zu bestimmen. Wir sahen, dass sich die SC4A-Kampagne mit dem Konzept sehr viel Mühe gegeben hatte. Dadurch hatten wir den Eindruck, es würde nicht an Initiativen und Ideen fehlen, sobald ein Raum nutzbar war. Fragen, die uns rückblickend auf diese Aktion geblieben sind: Wie wichtig ist ein Nutzungskonzept? Wie wichtig sind vorherige kollektive Vorstellungen über die Nutzung des Raums? Ist es notwendig, dass der Schritt zu besetzen aus einer konkreten Notwendigkeit entsteht? Wie sehr ist die eigene Motivation zu besetzen, beeinflusst davon, ob und wie eins den Raum nutzt?
- 2. Wir wollten öffentlich besetzen. Zum einen gab es da die schlechten Erfahrungen mit der Besetzung der Teppichfabrik, bei der die Taktik der stillen Besetzung nicht gut aufging. Zum anderen sahen wir die Besetzung als Mittel in der politischen Außeinandersetzung um das Thema Eigentum. Diese Wirkung entfaltet sich überwiegend durch öffentliches Besetzen. Der Konflikt zwischen Besetzer*innen, Eigentümer*innen und Staat wirkt sich unmittelbar auf die Menschen im Raum aus

und erfordert politisch dafür zu kämpfen. Da die Praxis des Besetzens in der Szene von vielen als erfolglos abgelehnt wurde und wird, wollten wir durch eine Sichtbarmachung der Praxis einen ersten Schritt gehen, um eine höhere Beteiligung zu erwirken.

3. Darüber hinaus fokussierte sich unsere Planung auf die ersten 24 Stunden, die wir für entscheidend hielten um eine Besetzung zu halten. Essen, Schlafsäcke, Flyer für die Nachbar*innenschaft und ein kleines Programm für Menschen die kommen würden wurde vorbereitet. Wir wollten sofort öffentlich, durch soziale Medien wie auch Presse, mobilisieren.

Fragen: Haben wir in unserer Strategie zu viel Fokus auf den Akt Besetzung selbst und die ersten 24 Stunden gelegt? Ist ein erfolgreiche politische Strategie eine, die langfristig angesetzt ist und in der die Besetzung selbst nur ein kleiner Teil ist? Oder ist eben genau die intensive Erfahrung in den ersten Tagen und Stunden einer Besetzung ein wichtiger Bestandteil der Praxis?

4. Wir entschieden uns explizit für Eigentum in städtischer Hand. Wir sahen hier eine größere Möglichkeit geduldet zu werden, da es die Stadt bzw. das Land Berlin selbst war, welches die Entscheidung treffen müsste uns zu räumen. Anders als bei privatem Eigentum sahen wir bei landeseigenen Eigentum daher auch mehr die Möglichkeit, die Rolle des Staates als Hüter von der Logik des Eigetums anzuprangern.

Notwendigk

Frage: Gibt es Eigentümer*innen, bei denen sich Besetzungen eher anbieten?

5. Unsere Verteidigungstaktik war nur grob überlegt: Verbarrikadieren des Gebäudes um die Cops an einem schnellen Eindringen zu hindern. So viele Menschen wie möglich zum Haus mobilisieren, und diese dazu animieren, entweder mit ins Haus zu kommen oder davor Blockaden zu machen. Uns auf Gespräche mit der Eigentümerin einlassen, aber unter keiner Bedingung das Haus verlassen. Die Gespräche sollten vor dem Haus/öffentlich geführt werden damit alle Anwesenden daran teilnehmen können und Diskussionen über Leerstand, Besetzungen und Räumungen so sichtbar wird.

Frage: Welche Strategien gibt es um Besetzungen zu verteidigen? Wie kann politischer Druck aufgebaut werden?

2/

Damaliges Fazit: Als Besetzer*innen waren wir sichtlich überrascht, dass es auf der einen Seite europaweites mediales Interesse an den Besetzungen gab, gleichzeitig aber von Seiten des Senats absolut kein Raum bestand eine Besetzung zu dulden. Es gab Interesse an der Aktion und laut Zeitungsumfragen hielt die Mehrheit der Berliner Bevölkerung Besetzen für ein legitimes Mittel - beides kein intendiertes Ziel der Besetzung. Hingegen stießen wir bei einem linken Bausenat auf eine Null-Toleranz-Politik was Besetzungen angeht - und hatten somit unseren ersten Misserfolg: Kein Haus. Auch die Rolle der Cops ist zu benennen. Nicht nur räumten sie im Falle der Reiche114 (Kreuzberg) ohne Räumungstitel sondern wirkten auch von Beginn an auf die Enscheidungsträger*innen ein, eine Räumung zu genehmigen. Sie nahmen also immer eine eigene politische Rolle ein und wirkten auf Räumungen hin.

Mit der Auswertung der Besetzung/ Räumung wurde uns bewusst, dass politisch wesentlich mehr Druck notwendig war, um eine Besetzung zu halten. Trotzdem hielten wir an der Praxis fest und empfanden es als einen positiven Effekt, mit

Wir stießen

auf Null-

Toleranz

der Öffentlichkeit der Aktionen Kritik an Eigentum sichtbar zu machen und Besetzungen als legitimes Mittel zu propagieren.

Unmittelbar entstanden dadurch auch neue Kontakte. So schlossen sich zum Herbst der Besetzungen neue Leute an, zum Teil auch mit anderen Zielen für ihre Besetzungen. Da wir wie eine Koordination agierten unterstützen wir uns lediglich praktisch, diskutierten aber unter-

einander nicht über eine gemeinsame Linie oder gemeinsame Strategien bei Besetzungen. So divers war dann auch der Herbst was die Besetzungen anging – GoogleCampus, Großbeeren17a, Weidenweg63, Skalitzer Str.114 und Berlichingen12.

II. Herbst der Besetzungen

Divers war der Herbst auch, was Erfolge anging. So wurden die Besetzung der G17a gehalten, während andere Besetzungen, ähnlich wie im Frühling, sofort geräumt wurden. Die Aktionen waren zum Teil sehr aufwendig geplant, die geräumten Besetzungen zählten – ähnlich wie im Frühling – viele Anzeigen. Gleichzeitig zeigten die Räume, die gehalten wurden, schnell auch auf, wo Schwachstellen in unserer Herangehensweise waren.

Auch wenn die kleine besetzte Wohnung G17a einen lokalen politischen Prozess anstieß und darüber hinaus als Treffpunkt & Wohnraum diente, so hatte sie nicht den erhofften Vorbildcharakter der einen stadtweite Zunahme an Besetzungen auslöste. Wohnraum zu besetzen ist und bleibt schwierig, weil die wenigsten in der ständigen Unsicherheit einer möglichen Räumung wohnen wollen, oder wegen ihrer Lebensumstände können. Werden die Räume öffentlich genutzt, kostet deren Selbstverwaltung viel Zeit – Zeit die die wenigsten aufbringen wollen oder können.

Es stellen sich weitere Fragen: Wer nutzt die Räume, wer fühlt sich durch die Art der Nutzung ein- oder ausgeladen oder wird ausgeschlossen?

III. Workshoptage & Reflektion

Nach dem Herbst dämmerte uns, dass wir als Bewegung aktuell nicht stark genug waren, um eine Besetzung zu halten, blieben aber überzeugt, dass es besetzte Räume braucht. Wir wollten auch die politische Außeinandersetzung um Eigentum weiter führen, gleichzeitig aber nicht einfach die Taktik der vorherigen Besetzungen wiederholen. So entschieden wir uns, Workshoptage zu machen, um dort mehr Menschen für die Praxis zu gewinnen und einen öffentlichen Austausch über Strategien zu suchen. Die tiefgehenden Diskussionen blieben aus und so änderte sich in unserer Taktik nicht sehr viel. Wir hielten generell daran fest, das Aktionsniveau und das Repressionsniveau niedrig zu halten, da wir auch regelmäßig das Feedback bekamen, dass viele Menschen selbst vor einer einzelnen Anzeige zu viel Angst hatten. Um aber trotzdem den politischen Druck zu erhöhen, gab es nur eine Konsequenz - für die nächste Besetzung noch mehr Menschen zu mobilisieren.

Insgesamt zählten wir nach dem Herbst über 120 Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, und eine zweistellige Anzahl an Menschen war von den üblichen weiteren Anzeigen bei Bullenkontakt betroffen (Widerstand, tätlicher Angriff, Körperverletzung). Es war für uns immer klar, dass wir einen kollektiven Umgang mit Repression haben wollten. Ob sich alle immer gut von uns unterstützt fühlten, sei damit nicht gesagt (schreibt uns gern bei Kritik oder falls ihr Unterstützung wünscht was Repression angeht).

Wir fingen daher ab dem Herbst an, in unserer Öffentlichkeitsarbeit die Kriminalisierung von Besetzungen anzuprangern. Ziel dessen war nicht allein, aufzuzeigen, wie staatliche Repression mit Eigentum zusammenhängt, sondern auch, um Geld für Repressionskosten zu sammeln. Während uns viele solidarische Menschen Geld zukamen ließen, hatte die Sichtbarmachung aber auch den negativen Effekt die Praxis noch abschreckender wirken zu lassen. Eine Angst auf die wir in Treffen mit Interessierten immer wieder stießen und die wir als Hürde wahrnahmen, um tatsächlich wesentlich mehr Menschen für die Praxis zu mobilisieren.

III. Besetzung der Wrangelstr.

Unser Opportunismus ließ uns kurzfristig eine Besetzung während der #mietenwahnsinn-Großdemo 2019 planen. So mussten wir die Menschenmasse, die wir als notwendig für die Besetzung sahen, nicht erst mobiliseren. Zu Gute kam uns hier natürlich auch der bisherige Kampf um den Laden Bizzim Bakkal, welcher seit 2016 leer stand. Wir suchten in der Vorbereitung Kontakt zu Menschen die sich am Kampf um den Bizzim Bakkal beteiligt hatten sowie zu Menschen, die sich an der Organisation der #mietenwahnsinn-Demo beteiligt hatten. Schon im Voraus enstand für uns so ein positives Gefühl von einer Wechselwirkung zwischen verschiedenen politischen Kreisen mit unterschiedlicher Praxis.

Die wenigen Stunden der Besetzungen waren voll von Energie, die freigesetzt wurde, vor dem Ladengeschäft, als sich etliche Menschen spontan solidarisierten. So viel Einsatz hatten wir nicht erwartet. Wie immer schritten die Cops sofort ein und wussten mit Knüppeln zu verhindern, dass sich tatsächlich größere Massen vor und im Laden breit machten. Trotz Räumung war die Besetzung des Bizim Bakkal für uns einer der Momente, die im Nachhinein vielleicht als das wahrgenommen wurden, wie wir uns Bewegung vorstellen (Seite 18) – ein gemeinsames und solidarisches Agieren unter sich fremden Personen.



Die Tatvorwürfe gegen festgenommene Personen wurden noch abstruser und Innensenator Geisel versuchte politisch Land zu gewinnen, indem er behauptete, es handele sich um einen Einbruch und keine Besetzung. Kurz nach der Räumung, im Juni 2019, wies Geisel die Berliner Polizei an, dass Wort "Besetzung" nicht zu benutzen. Mal wieder zeigte sich, dass die Cops bewusst im Interesse der Herrschenden Politik betreiben und zusätzlich als eigener politischer Akteur auftreten. [https://fragdenstaat.de/anfrage/berliner-linie-der-vernunft-zum-umgang-mit-besetzten-hausern-in-berlin/529891/anhang/Anl.3HandlungsempfehlungErgnzungScan.pdf]

IV. Vernetzung & Skill Sharing

Nach der Besetzung der Wrangel77 steckten wir unsere ganze Energie in Propaganda. Zum einen wurde zusammen mit dem Umbruch Bildarchiv eine Austellung mit Veranstaltungsreihe organisiert. In der Ausstellung gab es sowohl Fotos von den Besetzungen der 80er und 90er, als auch von aktuellen Besetzungen und besetzten Häusern. Ziel war es auch, alte und neue Generationen von Besetzer*innen zusammen zu bringen innerhalb der Veranstaltungen alte und neue Strategien zu diskutieren. Gleichzeitig wurde die Besetzen-Sprechstunde ins Leben gerufen. Dort konnten Menschen sich praktisch beraten lassen (Türen öffnen, rechtliche Lage, Verteidigung) und Adressen von Leerstand erfragen und selbst melden. Andere tourten durch das ganze Bundesgebiet um Workshops zu Besetzungen zu geben. Auch vernetzten wir uns mit Gruppen, die in anderen Städten besetzten. Insgesamt wurde also Zeit in Skill Sharing, Vernetzung und Organisierung gesteckt.

Aus den internen Diskussion im Winter 2018/2019 hatte sich die Idee ergeben, Aktionstage anzustoßen, um so den Rahmen zu bieten, wiederum eine größere Masse zu einer Besetzung mobilisieren zu können. So fing ab Mitte 2019 die Organisierung der TuMalWat-Aktionstage an und mit ihnen die Planung der Besetzung in der Frankfurter Alle 187.

Gleichzeitig hatten wir als Gruppe(n) in internen Diskussionen festgestellt, dass unsere eigene Motivation zu besetzen stark gesunken war – kamen wir doch selten weiter als 24-Stunden. Wir sahen es nicht nur für uns selbst als notwendig, mittelfristig eine Besetzung zu halten, sondern auch für den generellen Mobilisierungseffekt. Ohne eine Besetzung selbst halten zu können, blieb es schwierig, auch andere Menschen von der Praxis zu überzeugen. Die staatliche Repression – und damit meinen wir die Räumungen als solche und nicht die Strafanzeigen gegen Einzelne – hatte also auch ihre Auswirkungen auf uns. Auch wir konnten uns nicht länger überzeugen, dass diese Form von Widerstand notwenig bleibt.

V. Über TuMalWat und langfristige Perspektiven

Wie bereits im Abschnitt zu TuMalWat beschrieben, änderten wir unsere Taktik für die Besetzung. Öffentlich angekündigt, Vortreffpunkte um zur Besetzung geschleust zu werden und den Aufruf zur Identitätsverweigerung waren drei neue Aspekte die alle aufgingen in der Aktion. In der Vorbereitung und während der Besetzung bezogen wir viele Menschen in die Aktion mit ein und versuchten dies, mit Treffen nach der Besetzung weiter zu führen. Dies scheiterte an mehreren Aspekten.

Wie bereits im Teil zu der Besetzung (Seite 23) dargestellt, stellte für viele von uns die Besetzung ein Misserfolg dar. Das einzige Kriterium, um unseren Erfolg zu messen, war, ob wir eine Besetzung halten konnten. Dies wurde wieder nicht geschafft.

Trotzdem hielten wir zunächst an Nachbereitungstreffen fest, mit dem Wunsch, unsere Organisierung zu öffnen. Während der Wunsch der Struktur war, unsere interne Diskussionen weiter zu führen, hatten die Menschen die nicht zu unserer Struktur gehörten andere Vorstellungen, worüber es zu diskutieren galt. Vor allem an der Besetzung der Frankfurter Allee 187 selbst und dem Verhalten der #besetzen-Struktur innerhalb der Besetzung gab es Kritik (siehe Kapitel 4 - "Tu Mal Wat!"). Auch hatten wir keine klare Perspektive, wie genau wir eigentlich weiter machen wollten.

VI. Corona und Livestream Besetzungen

Mit dem Beginn der Pandemie in Deutschland und dem Lockdown kam auch die Forderung nach #stayathome. Die Enttäuschung darüber, wie die Besetzung in der Frankfurter Allee 187 lief, hatten die meisten überwunden und so entschlossen sich einige von uns, in Gruppen von drei Menschen Wohnungen zu öffnen. Intention war es, diese an wohnungslose Menschen weiter zu vermitteln. Wir wollten aufzuzeigen, dass eine Praxis unter Hygienemaßnahmen möglich ist und in Zeiten einer Pandemie umso notwendiger.

Doch welchen Sinn hat es, Wohnungen zu öffnen die eins nicht selbst nutzt? Der überwiegende Teil von uns brauchte selbst keine Wohnung. Wohnungslose Menschen zu denen wir Kontakt herstellten oder hatten, hatten überwiegend aus verschiedenen Gründen kein Interesse an den Wohnungen. Die Aktion hatte also den bitteren Nachgeschmack, mehr Inszenierung zu sein, als wirklich einen Zweck zu erfüllen. Der bittere Beigeschmack wies auf die Widersprüche dieser politischen Praxis hin: Wie können wir aus der Position dessen, eine Wohnung zu mieten, besetzen als Praxis zum Wohnen propagieren?

VII. Feministische Selbstkritik

Doch gab es auch interne Hierarchien mit denen wir keinen guten Umgang gefunden haben und die eine feministische Selbstkritik zu unseren Strukturen notwendig machen. Es geht dabei um die Reproduktion patriarchaler Muster, in denen die klassische politische Arbeit über die interne Care-Arbeit gestellt wird. So haben wir uns zwar inhaltlich mit dem Thema Feminismus, insbeauch im Kontext des Thema

... kein Raum um interne Dynamiken zu reflektieren.

> sondere Wohnens

auseinandergesetzt – ja sogar eine Soli-Besetzung mit diesem Fokus gemacht – aber an der eigenen internen Praxis hat es jedoch gemangelt.

Der fehlende Umgang mit internen Vorfällen und Mangel an der Pflege unserer Beziehungen untereinander, lässt sich in ein paar Beispielen skizzieren. So gab es in einer der Gruppen aus der Struktur eine Auseinandersetzung über das Verhalten von zwei Gruppenmitgliedern in ihrer gemeinsamen Beziehung bzw. dessen Endes. Die Diskussion führte letztlich zur teilweisen Auflösung der Gruppe. Ein Grund war, dass wir uns ausschließlich um Aktionsplanung kümmerten, uns aber keinen Raum nahmen unseren internen Dynamiken und Beziehungen zu reflektieren. Im Nachhinein kann gesagt werden, dass es an gegenseitiger Unterstützung der Gruppen mangelte.

Das Unvermögen sich mit vermeintlich privaten Problemen auseinanderzusetzen, gipfelte in dem schlechten Umgang mit einer Person, welche Teil der Struktur war und sich grenzüberschreitend verhalten hatte. Denn die Information über den Vorfall wurde unter den Gruppen nicht geteilt, obwohl die Person die Gruppe mit der sie gearbeitet hatte verlassen musste. Andere Gruppen arbeiteten mit der Person weiter zusammen und blieben uninformiert. Im Nachhinein wissen wir, dass es Räume gebraucht hätte um über Männlichkeit, patriachales Verhalten und andere vermeintlich private Probleme zu reden.

Dass diese Probleme nicht überraschen, sondern sich so oder so ähnlich in vielen autonomer Gruppen beobachten lassen, zeigt nur noch deutlicher, wie sehr wir alle durch bestimmte patriarchale Muster geprägt sind. Unser pro-feministischer Anspruch sollte es sein, diese zu durchbrechen. Aus unserem bisherigen Scheitern können und wollen wir für die Zukunft lernen.

VIII. Scheitern bis zur Revolution

Innerhalb der zwei Jahre wurden die Besetzungen immer größer und aufwendiger und doch reichte es am Ende nicht aus. Der Staat hat eine klare Position: Besetzungen im Kern zu ersticken.

Für uns war immer klar, dass wir nicht aus symbolischen Gründen besetzen. Besetzungen können dazu dienen, Leerstand sichtbar zu machen, sie können eine Form von Intervention, Störung, Blockade sein oder einfach nur öffentliche Aufmerksamkeit generieren. All das war nie unser Ziel. Oft hatten unsere Besetzungen immer auch einen solchen Effekt, jedoch war das wichtigeste Ziel immer, einen Raum zu halten. Das haben wir nie geschafft. Kurzum, der politische Druck war bis heute nicht groß genug, als dass der Senat von einer Räumung absehen würde. Daraus hatten wir die zunächst die einfache Analyse, dass der politische Druck noch größer sein müsse, um eine Besetzung zu halten. Das heißt nicht, dass Besetzen allgemein zum Scheitern verurteilt ist. Wir sehen jedoch, dass es viele Menschen, viele Kapazitäten und viel Ge-Der Aufwand duld braucht, um in Berlin eine

Wir waren am Ende nicht gewillt, noch mehr Zeit und Aufwand in Besetzungen zu investieren. Vor allem hätten

Besetzung zu halten.

investieren. Vor allem hätten wir mehr Menschen werden müssen. Dies hätte bedeutet, die Struktur zu öffnen, Debatten wieder zu führen, sich neu zu organisieren und weiter zu machen auf eine Art und Weise, sodass noch mehr Druck ensteht. Während der TuMalWat-Besetzung hatten sich – auch aufgrund einer internen Professionalisierung – zwischen uns und den restlichen Besetzer*innen die üblichen Hierarchien gezeigt. Interessierte Personen in unsere Strukturen aufzunehmen hätte mit dem Abbau von Hierarchien einhergehen müssen, wie zum Beispiel durch Skill-Sharing und Wissensweitergabe. Wir waren nicht gewillt, diesen nächsten Schritt zu gehen.

Dabei hatten wir nicht nur unsere persönliche Kapazitätengrenze erreicht. Die Frage nach Sinnhaftigkeit wurde immer lauter. Wir konnten am Ende für uns nicht mehr rechtfertigen, dass es noch mehr Zeit und noch mehr Menschen für eine einzelne Besetzung brauchte.

Wir haben uns dafür entschieden, vorerst nicht weiter zu besetzen. Doch geht es nicht darum zu erklären, warum wir persönlich das politische Projekt von #besetzen nicht weiter verfolgen. Viel mehr geht es uns darum, unsere Erfahrungen zu teilen damit andere daraus lernen können. Das soll als guter Ratschlag verstanden werden und keinesfalls als demotivierend.

Konkret gibt es zwei große Fragen, die wir für uns nicht beantworten können. Dabei sollten wir sie aber für uns als anti-kapitalistische Bewegung beantworten, denn sie sind wichtig für unsere Praxis.

1. Ist Autonomie eine Aktionsform oder eine Lebensführung?

Wer besetzt muss keine Miete zahlen. Wenn eins bedenkt, wie viel Geld das im Monat einspart, dann kann es einem auch ermöglichen, viel weniger zu arbeiten. Umgekehrt kann besetzen aber auch einschränken – eins ist nicht nur der ständigen Möglichkeit einer Räumung und Anzeigen wegen Hausfriedensbruch ausgesetzt, sondern muss auch eher minimalistisch leben. Besetzte Häuser sind manchmal in einem sehr schlechten Zustand, Instandssetzung lohnt sich manchmal nur bedingt. Zwar muss eins nicht auf Strom, Wasser oder Heizung verzichten, aber besetzen ist sicherlich nicht immer die beguemste Art und Weise zu leben,

erfordert handwerkliches Geschick und geht eigentlich nur im Kollektiv.

Bitte als Ratschlag verstehen!

ist ungerecht-

fertigt.

Der überwiegende Teil an Menschen, die in der BRD besetzen, sind Menschen die extrem prekär leben – also ohne festen Wohnort, teilweise auf der Straße. Menschen ohne Zugang zum deutschen Sozialsystem, Menschen die nicht Teil der bürger-

lichen Normgesellschaft sind, sondern von dieser ausgeschlossen sind. Gleichzeitig mussten wir feststellen, dass ein bürgerliches Leben offenbar unvereinbar ist mit Besetzen und der Selbstverwaltung die damit einhergeht. Die Lebensrealität – einschließlich unserer eigenen – war es, die uns dabei im Weg stand. Nur wenige von uns wollten zum Wohnen selber besetzen. Die 24/7-Betreuung, die besetzte Räume brauchen, waren die wenigsten bereit zu geben. Lohnarbeit, Studium und Freizeit waren oft wichtiger.

2. Macht der Ansatz autononmer Politik im Herzen der Bestie Sinn?

Nun sehen wir natürlich auch, dass die Hochzeiten autonomer Politik in Berlin vorbei sind. Wir befinden uns im Herzen der Bestie, der urbanen Metropole, in der fast alle Bereiche des Lebens immer stärker der Ausbeutung, Kontrolle und kommerziellen Verwertung unterzogen werden. Öffentlicher Raum is so stark regmelentiert, dass kollektive Selbstverwaltung an sich bereits konträr zu der Metropole steht. Subversive Praktiken, wie das Wohnen in Gartenlauben, in Gewerberäumen, auf Wagenplätzen oder eben besetzten Gebäuden, werden immer schwieriger. Menschen wird das Potential genommen, anders zu (über)leben, als der kaptialistische Staat es vorschreibt.

Der Staat empfindet eine einzelne Matratze unter der Brücke bereits als Affront gegen den staatlichen Alleinanspruch, nicht nur die Nutzung von Raum zu kontrollieren sondern auch allein für die soziale Versorgung der Bevölkerung zuständig zu sein. Dabei produziert der Staat natürlich Ausbeutung, Unterdrückung, Armut und Inidvidualisierung erst. Daraus leitet sich die Idee von Autonomie ab – Strukturen aufzubauen, die die Lebensrelealität von Menschen verbessern und ein anderes, solidarisches Miteinander aufbauen. So nett die Idee des "selber machens", der "Kommune" ist – wollten wir einer Strategie folgen die so geringe Erfolgschancen hat?

Deshalb enden wir mit Fragen und nicht mit Antworten. Wie lässt sich in der urbanen Metropole Gegenmacht aufbauen? Wie wichtig ist die reale Verbesserung von Lebensumständen für eine radikale Praxis? Wenn dies essentiell ist, wie ist es machbar? Ist es machbar ohne den Staat? Oder können wir staatliche Strukturen für unsere Zwecke vereinahmen, um wiederum Raum zu schaffen für radikale, anti-kapitalistische Perspektiven? Wie können wir nachhaltig motivieren für eine Politik die "nicht machbar" erscheint?

Wir freuen uns über rege Diskussionen und jede weitere Besetzung. Die Häuser denen, die sie brauchen, die Kneipen denen, die drin saufen, die Fabriken denen, die drin arbeiten, die Schulen denen, die drin lernen, die Parks denen, die drin grillen!

Wir enden mit Fragen statt mit Antworten.

Ist die Strategie zu mehr Autonomie in urbanen Regionen aktuell überhaupt möglich?



